

Telegraphische Depeschen.

Warmstadt, 18. Dec. abends. Die feierliche Beisetzung der Frau Großherzogin Alice von Hessen hat heute Nachmittag stattgefunden.

Wien, 18. Dec. nachmittags. Abgeordnetenhause: Der Handelsminister legte den mit Deutschland abgeschlossenen Handelsvertrag vor, der Vertrag wurde dem volkswirtschaftlichen Ausschusse überwiesen. Hierauf begann die Berathung des Gesetzentwurfes über Forterhebung der Steuern und die Bestreitung des Staatsaufwandes im ersten Quartal 1879. Der Gesetzentwurf wurde schließlich nach den bereits bekannten Anträgen des Budgetausschusses in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Rom, 18. Dec. nachmittags. In parlamentarischen Kreisen circulirt die folgende Ministerliste, deren Wichtigkeit indes jedenfalls noch weiterer Bestätigung bedarf: Depretis Präsidentenschaft und Inneres, Correnti Auswärtiges, Magliani Finanzen, Spantigatti Justiz, Bertole Viale Krieg, Coppino öffentlicher Unterricht, Majorana Ackerbau.

Rom, 18. Dec. abends. Neben der bereits gemeldeten Version über die bevorstehenden Ministererennungen circulirt hier noch folgende Ministerliste, die ebenfalls noch weiterer Bestätigung bedarf: Depretis Präsidentenschaft, Inneres und interimistisch Auswärtiges, Magliani Finanzen, Mezzanotte öffentliche Arbeiten, Coppino öffentlicher Unterricht, Majorana Ackerbau, Maza Delaroché Krieg, Ferraciu Marine, Tajani Justiz.

Paris, 17. Dec. abends. Die von uns neulich gemeldeten Schwierigkeiten zwischen Tunis und Frankreich verschärfen sich. England, welches die Vermehrung des französischen Einflusses in Tunis im geheimen bekämpft, sucht den Bei zu bestimmen, das Protectorat Italiens anzunehmen, um auf diese Weise gegen Frankreich geschützt zu sein. Man meldet von Unterhandlungen der Vereinigten Staaten behufs künftiger Erwerbung eines tunesischen Hafens. (Post.)

Versailles, 18. Dec. Der Senat hat das Ausgabebudget einstimmig genehmigt.

London, 18. Dec. abends. Der Herzog von Connaught ist heute früh hier eingetroffen. Die Königin und die Mitglieder der königlichen Familie wohnten dem heute Nachmittag 3 Uhr anlässlich des Begräbnisses der Frau Großherzogin Alice von Hessen in der Schlosskapelle zu Windsor abgehaltenen Gottesdienste bei. Während des Gottesdienstes läuteten hier und in vielen andern Städten des Landes die Trauerglocken. Die Königin begibt sich nächsten Freitag nach Osborne.

Kahore, 17. Dec. Der Vizekönig Lord Lytton hielt heute Nachmittag eine Revue ab über das von den Lehnsfürsten gestellte aus 3000 Mann sämtlicher Waffengattungen mit 10 Kanonen bestehende

Truppencontingent. Nach der Revue hielt Lord Lytton eine Ansprache, in welcher er sich bei den Truppen für die Schnelligkeit bedankte, mit welcher sie der Regierung ihre Dienste zur Verfügung gestellt hätten. Lord Lytton fügte hinzu, daß England niemals ein ungroßmüthiger Feind gewesen sei, daß aber die Gerechtigkeit jeder Großmuth vorausgehen müsse. England würde der Loyalität seiner hochherzigen Verbündeten unwürdig sein, wenn es die ihm ohne alle Provocation zugesügten Insulte nicht bestrafen könnte oder nicht bestrafen wollte. Er hoffe, der Emir werde, durch das bis jetzt erlittene Mißgeschick bereits belehrt, es nicht für nothwendig erachten, den Krieg weiter fortzuführen. Das Truppencontingent wird am Sonntag nach Peshawar abgehen, um die Defilés des Rheiberpasses und den Fluß Kabul zu besetzen, damit die regulären Truppen weiter vorrücken können. Das Contingent wird von englischen Offizieren befehligt.

Kahore, 18. Dec. Der General Widdulph hat die Ostseite der Straße nach Kholjet besetzt, welche genügend ausgebeffert wurde, um am 15. Dec. den Vormarsch fortsetzen zu können.

Petersburg, 18. Dec. vormittags. Der «Regierungsbote» veröffentlicht eine Mittheilung der Regierung über die jüngsten Vorgänge in der hiesigen Studentenschaft. Nach denselben entstand unter den Studirenden der kaiserlichen Medico-chirurgischen Akademie in Petersburg Anfang December eine Gärung. Den Anlaß zu derselben bildete die Nachricht von der zeitweiligen Einstellung der Vorlesungen auf der Universität Charkow. Die mehrtägige Gärung wurde am 12. Dec. besonders stark. Gegen 1 Uhr nachmittags wählten die Studenten der Medicin einige aus ihrer Mitte, welche dem Chef der Akademie anzeigen sollten, daß der Grund der Bewegung einmal die Ungewißheit sei, ob und welche Entscheidung anlässlich der von den Studenten dem Thronfolger eingereichten Witschrift erfolgt sei, und sodann auch die in der Nacht vom 10. zum 11. Dec. vorgenommenen Verhaftungen. Der Stadthauptmann Sutroff, welcher sich bei dem Chef der Akademie befand, setzte den Studenten die Ungefährlichkeit ihrer Handlungsweise auseinander und rieth ihnen, auseinanderzugehen. Da dies aber nicht geschah, wurde eine halbe Escadron Gensdarmen herbeigerufen, wobei 142 Studenten verhaftet wurden. Das in der Stadt verbreitete Gerücht, die Studenten wären hierbei mißhandelt worden, ist unbegründet. Nur zwei Studenten verletzten sich durch Fallen an den Füßen. Alle Verhafteten wurden in der Kaserne der Leibgarde des moskauer Regiments untergebracht.

Konstantinopel, 17. Dec. Anlässlich der jetzt ernstlich in Angriff genommenen Beamtenreduction wurden allein die im Finanzministerium angestellten 1200 Beamten auf 250 reducirt. — Der Sultan hat den vom Kriegsgericht zu 15 Jahren Festungshaft verurtheilten General Suleiman-Pascha begnadigt.

Wie verlautet, wird derselbe seinen Aufenthalt auf Lemnos oder Rhodos nehmen. (S. T. B.)

Konstantinopel, 18. Dec. Die englischen Delegirten in der internationalen Commission für Osmumelien in Philippopel haben in der Commission die Ausfretungen zur Sprache gebracht, welche ausländische Bulgaren nach den Berichten englischer Agenten begangen haben sollen.

London, 18. Dec. Das Reutersche Bureau meldet aus Konstantinopel von gestern, die einzige Schwierigkeit für einen definitiven Vertrag der Pforte mit Rußland bilde noch die Kriegskostenfrage, Rußland sei indes geneigt, die Zahlung in Papierrubeln anzunehmen, wenn dafür nur gute Unterlagen gefunden würden. — Der Gouverneur von Trapezunt wurde von der Pforte mit der Prüfung der Rechnungen des frühern Gouverneurs von Batum, Derwisch-Pascha, beauftragt.

Washington, 18. Dec. Der zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung geführte Schriftwechsel bezüglich der Ausweisung des naturalisirten amerikanischen Bürgers Baumer aus Deutschland ist nunmehr veröffentlicht worden. In demselben vertheilt die deutsche Regierung den von ihr in dieser Frage eingenommenen Standpunkt, wahrt sich das Recht der Ausweisung und lehnt es ab, irgendwelche Entschädigungen zu gewähren.

Washington, 18. Dec. Der Senat hat die von Blaine beantragte Resolution, worin die Ermächtigung zur Untersuchung der in den Südstaaten angeblich stattgehabten Wahlbeeinflussungen erteilt wird, nebst einem Amendement angenommen, wonach die gedachte Untersuchung auf die Wahlbeeinflussungen in sämtlichen Unionsstaaten ausgebeht werden soll.

Vom preussischen Landtage.

Berlin, 18. Dec. Die sehr reichhaltige Tagesordnung der heutigen Sitzung des Herrenhauses beginnt mit der einmaligen Schlussberathung über den Gesetzentwurf betreffend die Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der geburtsständlichen Klinik der Universität Berlin. Der Entwurf verlangt die Summe von 1,200,000 M. zum Ankauf der gedachten Grundstücke. Der Entwurf wird mit beträchtlicher Majorität angenommen.

Es folgt als zweiter Gegenstand der mündliche Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Mai 1873 über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein und des Gesetzes vom 23. März 1873 über das Grundbuchwesen im Saalegebiet. Der Entwurf bezweckt eine anderweite Regelung der Bestimmungen über Familienfideicommiss in den gedachten Bezirken. Bisher konnte aus Mangel einer bezüglichen Behörde

Musikalisches aus Leipzig.

Leipzig, 18. Dec. Gestern führte der Musikverein Euterpe in seinem flinksten Abonnementsconcert anlässlich des Geburtstages Beethovens nur Compositionen dieses Tonmeisters vor. Die Folge derselben war: Ouverture (C-dur, Nr. 3) zur Oper «Leonore»; Scene und Arie «Ah, perfido»; Concert (C-moll) für Piano mit Orchester; Lieder mit Pianoforte: a) «Wonne der Wehmuth», b) «Mit einem gemalten Band», c) «Neue Liebe, neues Leben»; Rondo (B-dur) für Pianoforte mit Orchesterbegleitung und Symphonie Nr. 8, F-dur.

Die beiden Orchesterwerke wurden von dem Kapellmeister, die Solofachen dagegen von dem Concertmeister des Instituts dirigirt, weil ersterer die Pianofortevorträge abgenommen hatte.

Dr. Treiber, dessen Engagement wir gleich bei seinem ersten hiesigen Debut als ein für die Euterpe gewinnbringendes bezeichneten, documentirte sich in dem in Rede stehenden Concert abermals als ein gebiegender Musiker und vortrefflicher Pianist. Sein Spiel war von einer beinahe weiblichen Weichheit und Feinheit (im besten Sinne) und zugleich voll Wahrheit und geistigen Lebens im Ausdruck, sodas wir dem Beifall, welcher Drn. Treiber gesendet wurde, von Herzen mit bestimmten. Gegenüber den Leistungen der Sängerin, des Fr. Effolda Frisch aus Berlin, wäre uns dies unmöglich gewesen. Derselbe hat unverkennbar ein ernstes Wollen, auch für nicht allzu hohe Ziele die ausreichenden Mittel; jedoch ist sie noch keineswegs am Ende ihrer Studien; denn wenn wir auch

das öftere Zuhörsingen gern auf Rechnung der Befangenheit setzen, so läßt doch der spize, scharfe Klang verschiedener Töne sowie das Ziehen in den Tonverbindungen und so manches in der Vortragweise noch sehr das Schülerhafte erkennen. Entschieden hatte sich Fr. Frisch mit Beethoven's Arie eine zu hohe Aufgabe gestellt. Die Lieder bewältigte sie besser; doch that sie hier wieder das Guten zu viel und wich von der rechten Natürlichkeit ab, indem sie die letzten beiden etwas gar zu minutiös vortrug. Von den beiden Orchesterwerken gebührt der Ausführung der Ouverture der Preis. Hier fiel uns diesmal besonders der volle Klang des Streichorchesters auf, das die bekannte Achtelstelle gegen den Schluß hin ganz vorzüglich brachte. Auch die Bläser thaten das Ihrige. Nur die Solotrompete und die Waldhörner ließen noch einzelnes zu wünschen übrig; erstere war etwas zu lahm und auch gegen die Stimmung der übrigen Instrumente um ein Merkliches zu tief; bei letztern war die Tonansprache nicht leicht genug. Nicht ganz so rund wie die Ouverture ging der erste Satz der Symphonie; um so exacter und sauberer gingen die übrigen drei Sätze. In der Begleitung zu den beiden Pianofortestücken waren verschiedene Vorzeichnungsversuchen in den Violinen und einzelne kleine Taktschwankungen im Orchester störend.

Ueber den Tod Karl Gukow's meldet die frankfurter Deutsche Reichspost vom 16. Dec.: «Dr. Karl Gukow, welcher in den letzten Jahren seinen Wohnsitz in Sachsenhausen bei Frankfurt a. M. aufgeschlagen hatte, wurde heute Morgen von seinen Angehörigen todt in seinem Zimmer aufgefunden. Derselbe hatte, da er an Schlaf-

losigkeit litt, gestern Abend, wie gewöhnlich, einen starken Chloraltrunk zu sich genommen; beim Zubettgehen scheint er sodann das brennende Licht unborsichtigweise zu nahe an das im Zimmer befindliche Sofa gestellt zu haben, dasselbe sowie einige im Zimmer befindliche Stühle wurden von der Flamme erfaßt und brannten bei starker Rauchentwicklung, da der Zutritt frischer Luft verhindert war, nieder. Dr. Gukow scheint von dem Qualm erwacht und aus dem Bett gesprungen zu sein, wo er, ehe er die Thüre erreichen konnte, leider vom Erstickungstode ereilt wurde.»

— Zu der vom Karl Stangen'schen Reisebureau (Berlin, Markgrafenstraße 43) projectirten Reise nach dem Orient, welche am kommenden 22. Jan. angetreten wird, sind bereits zahlreiche Anmeldungen eingegangen. Die Tour führt über Triest, Alexandria und Kairo bis zum ersten Nilatarakt, von da nach Kairo zurück und weiter durch den Suezkanal über Port-Said und Jaffa nach Jerusalem, wo ein längerer Halt gemacht wird. Von Jerusalem aus wird sich die Reisegesellschaft durch Palästina und Syrien nach Damascus und von letzterem Orte über Bagdad und den Libanon nach Beirut begeben, wo die Einschiffung für Smyrna erfolgt. Athen, Konstantinopel, Bukarest und Budapest werden in dem zweiten Abschnitt der Reise ebenfalls besucht und an jedem dieser Orte die hervorragendsten Sehenswürdigkeiten einer eingehenden Besichtigung unterworfen.

— Aus Würzburg vom 16. Dec. berichtet die Würzburger Presse: «Gestern Abend wurde ein Student der hiesigen Hochschule wegen Redens der Bräutewache festgenommen und sollte zur Hauptwache abgeliefert werden. Auf dem Wege dahin, und zwar auf der Hofstraße, wollte er auf Jansen seiner ihn begleitenden Kameraden entfliehen. Der den Transport führende Unteroffizier der 10. Compagnie gab Feuer und der Student lag in seinem Blute. Derselbe wurde noch lebend gegen 2 Uhr nachts in das Juliushospital gebracht, dort aber starb er alsbald. Die Kugel war in den Rücken eingedrungen und vorn auf der Brust herausgefahren. Er ist aus Westfalen gebürtig.»

Die Eintragung resp. Löschung der Familienideicommissarische in den Grundbüchern nicht erfolgen; nach dem Entwurfe soll dieses auf Antrag des betreffenden Eigentümers geschehen können. Auf den Antrag des Berichterstatters Dr. Henrici ertheilt das Haus mit großer Majorität dem Gesetzentwurfe seine Zustimmung.

Die beiden Gesetzentwürfe betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Mai 1873 über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Seeschiffen in der Provinz Schleswig-Holstein und betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Mai 1873 über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover mit Ausschluß des Jadedgebietes finden nach kurzer Discussion die Zustimmung des Hauses.

Es folgt die Berathung der sieben von Preußen mit außerpreussischen Staaten geschlossenen Staatsverträge, welche sämmtlich die Bildung gemeinschaftlicher Gerichtsbezirke zur Durchführung der am 1. Oct. 1879 in Kraft tretenden deutschen Justizorganisation betreffen. Die Verträge werden ohne Discussion genehmigt.

Der fünfte Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf betreffend die Rheinischschiffahrtsgerichte und die dazu eingegangenen Petitionen sowie über den Gesetzentwurf betreffend die Elbzollgerichte.

Ohne erhebliche Debatte wird der Entwurf betreffend die Rheinischschiffahrtsgerichte in seinen einzelnen Paragraphen und im ganzen angenommen, ebenso der Entwurf betreffend die Elbzollgerichte, dessen §. 1 nach der Commissionsvorlage lautet:

Elbzollgerichte erster Instanz sind die Amtsgerichte, deren Bezirke von der Elbe innerhalb der durch die Additionallacte vom 13. April 1844 bestimmten Grenzen berührt werden. Elbzollgerichte zweiter Instanz sind die Landgerichte. Die in Bezug auf das Rheinischschiffahrtsgesetz eingegangenen Petitionen werden durch die gefassten Beschlüsse für erledigt erklärt.

Hierauf wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung Donnerstag 11 1/2 Uhr. Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung und Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der Disciplinargesetze.

Den ersten Gegenstand der Berathungen des Abgeordnetenhauses bildet der erste Bericht der Gemeindec Commission über Petitionen.

Der Gemeinderath von Biedenkopf erhebt Beschwerde darüber, daß die Regierung zu Wiesbaden einseitig und ohne seine Zustimmung die Gehälter dreier Communalforster erhöht habe. Die Commission empfiehlt durch ihren Referenten Abg. Lauenstein Uebergang zur Tagesordnung, welchem Antrage das Haus beistimmt.

Darauf folgt eine Petition der Jagdinteressenten der Gemeinde Selm (Kreis Lüdinghausen), welche sich über die dort stattgehabte Art der Jagdverpachtung aus freier Hand beschweren.

Abg. Windthorst-Viefeld stellt den Antrag, den Uebergang zur Tagesordnung mit dem Amendement zu beschließen: „in der Erwartung, daß die in der Petition angeregten Beschwerden durch ein vorzulegendes Jagdpolizeigesetz ihre Erledigung finden werden“. Diefem Antrage gemäß beschließt das Haus.

Die Städte Osterode und Hildesheim in der Provinz Hannover haben zwei Petitionen eingereicht, welche denselben Gegenstand betreffen und dasselbe Gesuch stellen. In der Commission haben eingehende Erörterungen über die Petitionen stattgefunden und die Commission empfiehlt im Gegensatz zur Auffassung der Regierung dem Abgeordnetenhaus, die Petitionen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, welchem Antrage das Haus beiträgt.

Es folgt die erste Berathung der Allgemeinen Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres 1875. Ohne Debatte wird der Entwurf an die Rechnungsc Commission verwiesen.

Den vierten Gegenstand der Tagesordnung bildet die zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Finanzministers, des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten und des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, über welchen Entwurf ein Bericht der Budgetcommission vorliegt. Der Gesetzentwurf wird in seinen einzelnen Theilen discutirt und zunächst Art. I der Regierungsvorlage:

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Finanzministers werden für den Bereich der Domänen- und Forstverwaltung dahin abgeändert, daß der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an die Stelle des Finanzministers tritt,

in Verbindung mit dem Antrage der Budgetcommission: Der Uebertragung der Domänen- und Forstverwaltung von dem Finanzministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten, welches demnach die Bezeichnung „Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“ zu führen haben wird, zuzustimmen,

zur Discussion gestellt.

Abg. v. Wedell-Malchow: Es ist dringend geboten, den Finanzminister von der Verwaltung der Domänen und Forsten zu entlasten. Bei dieser Gelegenheit spreche ich in meinem und meiner poli-

tischen Freunde Namen nochmals die Ueberzeugung aus, daß Veränderungen in den Ressorts der Ministerien nicht durch Gesetz zu constituiren sind, sondern Prärogative der Krone bleiben. Wir wollen der Staatsregierung keine Schwierigkeit bereiten und stimmen der Vorlage bei, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß der heutige Beschluß nicht als Präcedenzfall angesehen werde.

Abg. Frhr. v. Hedlig-Neukirch: Meine Freunde und ich sind der Meinung nach den Punkten, daß die Vorlegung des Entwurfs nicht richtig war. Nach den damals von der Staatsregierung abgegebenen Erklärungen, daß der Entwurf eine principielle, präjudizirende Bedeutung nicht habe, und aus Opportunitätsrücksichten sind wir indessen heute in der Lage, für das Gesetz stimmen zu können. (Beifall.)

Art. I und der bezügliche Antrag der Budgetcommission werden genehmigt und darauf Art. II der Regierungsvorlage:

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten werden dahin abgeändert, daß in Beziehung auf die Handels- und Gewerbeangelegenheiten der Minister für Handel und Gewerbe, im übrigen der Minister der öffentlichen Arbeiten an die Stelle desselben tritt,

mit dem Budgetcommissionsantrage: der Theilung des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in ein „Ministerium der öffentlichen Arbeiten“ und ein „Ministerium für Handel und Gewerbe“ bei Feststellung des Etats für 1879/80 zuzustimmen, zur Debatte gestellt.

Ein Antrag des Abg. Berger lautet folgendermaßen:

In Art. II die Worte „Handels- und Gewerbeangelegenheiten“ zu streichen und an deren Stelle zu setzen: „Angelegenheiten des Handels, der Gewerbe und der Privat-Eisenbahnen.“

Dieser Antrag zieht Abg. Berger heute zurück, wie er ausführte, aus dem Grunde, weil die Budgetcommission demnach einen Antrag stellen wird, welcher viel weiter geht als der vorher von ihm gestellte.

Abg. Windthorst-Meppen:

Ich stimme sehr gern dem Antrage auf Abzweigung der Domänen- und Forsten vom Finanzministerium bei, nachdem der actuelle Finanzminister sich damit einverstanden erklärt hat. Dem Art. II der Vorlage kann ich aber nicht beistimmen, weil in unserm Eisenbahnwesen eine so große Unklarheit herrscht, daß man nahe daran ist, das ganze Eisenbahnwesen schwer zu treffen, wenn man in dieser Ungeheuerheit neue Organisationen schaffen wollte. Die Annahme des Art. II der Vorlage kann leicht zur Folge haben, daß wir bald ein neues Ministergehalt und ein neues Ministerialgebäude bewilligen müssen; denn es ist doch sehr fraglich, ob das Reich so ohne weiteres den Projecten des Reichskanzlers, die mit dieser Vorlage zusammenhängen, zustimmen wird; ob es bulden wird, daß ein so bedeutendes Ressort wie das Eisenbahnwesen so ohne weiteres in die Hände eines preussischen Functionärs gelangt statt eines Reichsfunctionärs. Außerdem zeigt die Vorlage auch, daß man den Gedanken des Einheitsstaates gegenüber den verbündeten Regierungen in sehr illoyaler Weise zur Ausführung bringen will. Die Regierung hätte die Vorlage nicht einbringen dürfen, ohne vorher die verbündeten Regierungen gefragt zu haben. Wegen dieser Rückwärtslosigkeit sowie aus den angeführten praktischen Motiven werde ich gegen die Vorlage stimmen.

Abg. v. Wedell-Malchow befragt die Trennung der Ressorts im Sinne der Vorlage und verspricht sich von derselben wesentliche Vortheile für die preussische und deutsche Eisenbahnpolitik. Die letztere müsse ganz identisch werden mit der preussischen, wie ja eine solche Solidarität der Interessen und Tendenzen schon dadurch ausgedrückt werde, daß mehrere hohe Reichsbeamte preussische Staatsminister seien.

Abg. Frhr. v. Heereman:

Er vermisse alle materiellen Gesichtspunkte, die für die Abgrenzung der Bahnen sprächen. Man weise stets nur hin auf den allzu großen Umfang des Ressorts. Er könne aber nicht glauben, daß die Vorlage geeignet sei, diesen Uebelständen abzuhelfen. Eisenbahnwesen und Handel greifen zudem so ineinander, daß man sie nicht voneinander trennen sollte. Daß der Präsident des Reichskanzleramtes zugleich preussischer Ressortminister sein solle, raube ihm alle Unparteilichkeit; dem dürfe man also niemals zustimmen.

Abg. Ridert:

Wir haben die Vorlage sachlich zu prüfen, und das ist in der Budgetcommission geschehen; die Ausführungen des Herrn Handelsministers baselbst haben mich so überzeugt, daß ich eben durchaus der Vorlage zustimmen muß. Allerdings stehen Handel und Eisenbahnen in enger Beziehung, aber die Landwirthschaft ebenso; wer würde aber wohl Landwirthschaft und Handel in Einem Ressort vereinigen wollen? Abg. Windthorst findet hier eine Rücksichtslosigkeit gegen die andern Bundesstaaten, freilich ohne irgend im Stande zu sein, den geringsten Beweis dafür vorzubringen. Die große Majorität des Reichstages wird die Ressortveränderungen freudig begrüßen. Der Dr. Minister Maybach hat nachgewiesen, daß täglich über 200 Pöcken durch seine Hände gehen; daß das eine Ueberbürdung ist und einer gründlichen Behandlung der Geschäfte nicht förderlich sein kann, ist doch wol klar. Daß der Präsident des Reichskanzleramtes ohne praktischen Ressort war, war allen, die mit dem Reich zu thun hatten, längst als Fehler erschienen, und dadurch, daß man ihm das Ressort des Handels gibt, läßt man eine besuchende Wirkung auf die Reichsgesetzgebung aus. Ich bitte aus allen diesen Gründen, der Vorlage zuzustimmen.

Handelsminister Maybach:

Meine Herren! Nach den Ausführungen, die schon von zwei Herren zu Gunsten der Vorlage gemacht sind, bleibt mir wenig zu sagen übrig. Ich glaube, in der Denkschrift zum Etat ist das Bedürfnis der fraglichen Maßregel genügend bewiesen, auch der Bericht der Budgetcommission sehr ausführlich. Ein Ministerium, welches wie das meinige so allmählich componirt ist aus einer Menge der hervor-

ragendsten Elemente, das zwei oder drei andere Ministerien zusammen an Arbeitsfälle übertrifft. Kann auf die Dauer nicht von einem einzelnen Beamten verwaltet werden ohne schwere Schädigung der einschlägigen Interessen. Steht nun das Bedürfnis fest, so muß man auf Abhilfe sinnen. Es ist nun der Regierung eine schwankende Stellung vorgeworfen, weil sie im Frühjahr die Abhilfe anders gestalten wollte als heute. Ich weise aber den Vorwurf zurück; man kann ja dasselbe wollen und doch verschiedene Mittel für zulässig erachten. Die Regierung wollte damals ein eigenes Eisenbahnministerium creiren, aber aus dem Hause wurden dagegen so schwere Bedenken laut, als würde dasselbe sich ganz dem praktischen Leben entfremden, daß die Regierung der Frage näher trat, ob eine andere Maßregel möglich sei. Nun hätte man vielleicht die Gärten-, Berg- und Salinenverwaltung abtrennen und dem landwirthschaftlichen oder vielleicht dem künftigen Minister der Domänen und Forsten überweisen können; dann wäre aber bei dem einen Ministerium gerade dieselbe Ueberbürdung entstanden, die man bei einem andern vermeiden wollte. Auch eine Abtrennung der Bauverwaltung hätte sich nicht empfohlen, sobald bloß die Verwaltung von Handel und Gewerbe in Frage kam. Und da ist es denn für angemessen erachtet worden, diese Verwaltung, deren Schwerpunkt schon ohnehin beim Reich liegt, und für die der preussischen Regierung bloß noch eine präparatorische Rolle zufällt, dem Minister zu überweisen, der ohnehin schon im Reich die analogen Dinge zu verwalten hat. So wird eine Verbindung vermittelt zwischen den Bedürfnissen des Landes, des Staates und des Reiches. So wird die Thätigkeit des Ministers allseitig fruchtbar, lebend und anregend.

Nun ist die Befürchtung geäußert, als ob diese Abzweigung auf Mistrauen gegen die Regierung beruhe, unsere Gründe sind so durchsichtig, so praktisch, daß keine einzige Regierung dagegen Einwendungen erheben dürfte. Die Frage ist ja auch nicht neu, sie ist schon früher erörtert worden, und weder mir noch einem andern Minister sind solche Bedenken laut geworden. Wenn dann gesagt wird, wir möchten mit der Maßregel warten, bis die Eisenbahnaufsichtsrechte auf das Reich übergingen, so können wir doch mit der Erfüllung des Bedürfnisses nach Entlastung nicht bis zu einem solchen Zeitpunkt warten, wenn heute schon das Bedürfnis unabwieslich ist. Die Besorgnis endlich, daß die Reorganisation sehr kostspielig sein werde, weise ich ganz entschieden als unbegründet zurück. Meine Herren! Einen preussischen Handelsminister gibt es in gewissem Sinne nicht, denn der Handel ist international, und wenn Sie dem Minister, der gleichzeitig im Reich diese Angelegenheiten zu erledigen hat, diese abgezweigten Ressorts überweisen und ihm damit Gelegenheit geben zu praktischem Schaffen, so machen Sie sich verdient um den Staat und verdient um das Reich. (Beifall.)

Abg. Dr. Hänel:

Die Gründe für und wider haben ein Gewicht, daß sie sich wol discutiren lassen. Der Herr Handelsminister sagt über Ueberlastung seines Ressorts, warum aber gerade jetzt die Aenderung in den Ressorts, eine Reorganisation der Ministerien eintreten muß, was um wie nicht noch wenigstens ein Jahr warten können, dafür ist bisher kein Grund angegeben worden. Die wirklichen Gründe müssen wir darin suchen, daß man zwischen dem Reich und Preußen in Beziehung auf den Handel eine Personalunion herstellen will; aber für die Dauer haben wir gar keine Garantie, daß diese Verbindung zwischen dem Reich und Preußen bleibt. Wenn Dr. Hofmann zugleich Präsident des Reichskanzleramtes und preussischer Handelsminister ist, so hat er ein Ressort, dessen Befehlsgebung und Aufsicht beim Staate Preußen bleibt, er aber hat als Reichsbeamter, mithin nicht Preußen, sondern das Reich die Verwaltung. Praktisch ist wahr, daß das preussische Handelsministerium sehr viel für das Reich gethan hat, das liegt aber an dem mangelhaften Ausbau der Reichsorganisation. Der gegenwärtige Entwurf erweist sich als Verlegenheitsmaßregel, von der wir nicht wissen, ob sie über ein Jahr noch gilt, oder ob dann nicht wieder etwas Neues von uns verlangt wird. Ich fordere ein ordentliches Organisationsgesetz und kann darum der Vorlage nicht zustimmen.

Regierungskommissar Ministerialdirector Jacobi:

Der Vorlage wird vorgeworfen, daß es sich um Zuständigkeitsmaximen handle, und nicht um organische Gestaltungen. Das muß wundernehmen, denn die Regierung hat denselben Standpunkt wie im Frühjahr festgehalten und nur die damals geäußerten Bedenken berücksichtigt. Im Jahre 1877 zählte die Handelsabtheilung 20709, die Bergwerksabtheilung 7928 Nummern, es ist also klar, daß wenn der Handel von Eisenbahn- und Bergwerksverwaltung getrennt wird, dem früheren Handelsminister und dem neuen Minister genügend Beschäftigung bleibt. Entschieden aber muß die Regierung es zurückweisen, daß man ihr andere Gründe unterstellt, als sie sagt. Auch das muß ich bestreiten, daß diese Einrichtung keine Sympathie im Reich finden würde; sonderbar genug übrigens ist es, daß sich das preussische Abgeordnetenhaus solche Argumente aus dem Sinne der andern Bundesstaaten aneignet. Ueberlassen Sie doch das dem Reich. Der Bundesrath vertritt nicht einseitig specielle Staatsinteressen, sondern er vertritt Reichsinteressen und sucht die Interessen der einzelnen Staaten zu vereinen. Darum wird der Bundesrath nicht widerstreben. Dem Interesse für die Entwicklung der preussischen Ressorts und der Verwaltungsverhältnisse im Reich verbandt die Vorlage ihren Ursprung, und ich hoffe, die Gründe der Staatsregierung werden auch für Sie maßgebend sein, der Vorlage zuzustimmen.

Abg. Stengel erklärt, die Vorlage sei gut und zweckmäßig für Preußen wie das Reich, weshalb er mit seinen Freunden ihr zustimmen werde.

Abg. Windthorst-Meppen:

Preußen als leitenber und größter Bundesstaat müsse die andern Einzelstaaten mit besonderer Rücksicht behandeln, wenn im Reich ein gutes Einvernehmen bestehen solle; von diesem Standpunkte aus sei die Vorlage unannehmbar. Die Maßregel werde nicht mit Rücksicht auf eine ordentliche Organisation, sondern auf bestimmte Persönlichkeiten vorgetragen. Man müsse darum gegen die Vorlage stimmen.

Regierungskommissar Ministerialdirector Jacobi:

Die Staatsregierung müsse dagegen protestiren, daß man ihr Motive imputire, an die sie nie gedacht habe;

das Gewisse nicht vor sich wenden h

Abg.

mit dem bedente, der eine mit der Gramm habe und komm gut!)

Die sei kein U ministerium Preußens doppelt a wenn, wi schen so u tung der ma che wi netenhaus bar sein, sict geant Wänschen trug. De bahnen, de zustimmen Reichs-Eif

Abg. Hauses n ein und n Vorredner horst mit

Die i kurzen Sd burg-Stir bezüglichen Nachdem 1. April i migt, ist

Ferne an diese Das königliche der Aufsicht das Reich

Abg. Man in Aussicht während der andern ins der

Bezüglich de will aber, dem Eisen damit dem den Antrag

Handel Meine zuzustimm, se den es 187 3hnen 187 Eigenthu das Reich, in Vorschlag aufschichtsrech entsinne, w mit dem Re in der Reich des Vertrag

Dieser Bed mehr den vorgeklärte feßlern. Die solution beit dahin zu w denjenigen z kommt, auf

Abchnitt der tragung nicht schnitt 7 We Reichs zu re materias em die Regierung ist, im Wege auf das Reich mission den Gesetzentwurf

Ich sage: ob Reich überge bahnbefst no über das Au Absicht, uns ebenso gut p müssen; wir auch vielleicht meine Herren wir nicht au auch die Aufg auf die Dur wird ein bed verbleiben. Das Reichs-G Lage der Ge tragung der Aenderung in den Gebanten tische Folge z gestellten Pro tressen des b ahnen die B erlangen. Je

das Gewissen der preussischen Regierung sei so rein, dass sie nicht nöthig habe, erst „anzuführen“, wie Abg. Windthorst sich ausdrückt, ob die andern Staaten nichts einzunehmen hätten.

Abg. Dr. Miquel:

Er glaube, dass der Abg. Hänel bald über sein Bündnis mit dem Abg. Windthorst kopfschütteln werde, wenn er bedenke, wie sich die liberalistische Richtung des letztern, der eine möglichste Stärkung der Einzelstaaten bezwecke, mit der Stärkung der Reichsgewalt verträge, die das Programm der Fortschrittspartei neulich erst als Ziel proclamirt habe. (Sehr gut!) Beide wollen das Entgegengesetzte und kommen heute zu demselben negativen Resultat. (Sehr gut!) Die preussische Initiative in Reichsangelegenheiten sei kein Uebelstand; ohne sie, ohne das preussische Justizministerium hätte es nie die deutschen Justizgesetze gegeben. Preussens vornehmste Aufgabe sei es, das Reich zu stärken, doppelt aber trete an uns diese Nothwendigkeit heran, wenn, wie hier, das preussische Interesse sich mit dem deutschen so völlig decke. Was die angeblich schwankende Haltung der Regierung angehe, die heute eine andere Vorlage mache wie im März dieses Jahres, so könne das Abgeordnetenhaus der Regierung für dieses Schwanken nur dankbar sein, denn die Regierung habe in der Weise ihre Ansicht geändert, dass sie den im Frühjahr ausgesprochenen Wünschen des Abgeordnetenhauses ganz und voll Rechnung trug. Der Redner glaubt, dass auch die Gegner der Reichsbahnen, denen dieser Entwurf nicht vorgreife, der Vorlage zustimmen könnten, da sie erst ein allerwärts gewünschtes Reichs-Eisenbahnaufsichtsgesetz möglich mache.

Abg. Dr. Hänel tritt unter großer Unruhe des Hauses nochmals für seine vorhin aufgestellte Theorie ein und verwahrt sich gegen die Folgerungen, die der Vorträger aus dem Zusammengehen des Abg. Windthorst mit ihm gezogen habe.

Die Discussion wird geschlossen und nach einem kurzen Schlusswort des Referenten Abg. Grafen v. Limburg-Stirum Art. II der Regierungsvorlage mit dem bezüglichen Antrage der Budgetcommission genehmigt. Nachdem sodann Art. III, der das Gesetz mit dem 1. April 1879 in Kraft treten lässt, debattelos genehmigt, ist das ganze Gesetz erledigt.

Ferner beantragt die Budgetcommission im Anschluss an diese Vorlage folgende Resolution:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: „Die königliche Staatsregierung aufzufordern, die Uebertragung der Aufsichtsbefugnisse über das preussische Eisenbahnwesen auf das Reich baldigst herbeizuführen.“

Abg. Windthorst-Meppen:

Man will die Privat- und Staatsbahnen einfach auf das Reich übertragen, damit wird eine Kompetenz des Reichs in Aussicht genommen. Es ist aber nicht wohlgethan, fortwährend Preussens Einfluss und Kompetenz zum Nachtheil der andern Einzelstaaten zu vermindern. Offenlich wird hier der Herr Minister über die Absichten der Regierung bezüglich der Eisenbahnen noch genaue Auskunft geben. Ich will aber, bevor dies geschieht, nichts beschließen, was mit dem Eisenbahnwesen zusammenhängt, um so mehr, als wir damit dem Reichstage vorgreifen würden. Darum bitte ich den Antrag abzulehnen.

Handelsminister Maybach:

Meine Herren! Wenn das hohe Haus dieser Resolution zustimmt, so wird es damit denselben Standpunkt behaupten, den es 1876 und seitdem immer eingenommen hat. Als Ihnen 1876 eine Vorlage zugeht wegen Uebertragung des Eigentumsrechts des preussischen Staats an Bahnen an das Reich, wurde ausdrücklich ein Vertrag mit dem Reich in Vorschlag gebracht, wonach ihm sämtliche Eisenbahnaufsichtsbefugnisse übertragen werden sollten. Soweit ich mich entsinne, wurden hier Bedenken laut, ob ein solcher Vertrag mit dem Reich werde geschlossen werden können, und ob es in der Reichskompetenz liege, diese Aufsichtsbefugnisse im Wege des Vertrags und der Gesetzgebung an sich zu bringen. Diesen Bedenken trat das Haus nicht bei, acceptirte vielmehr den Standpunkt der Regierung. Die heute Ihnen vorgeschlagene Resolution ist nur eine Wiederholung der früheren. Namens der Staatsregierung kann ich dieser Resolution beitreten. Es ist der lebhafteste Wunsch der Regierung, dahin zu wirken, dass das Aufsichtsbefugnis möglichst bald auf denjenigen Factor übergehen möge, dem es eigentlich zukommt, auf das Reich. Wir sind der Meinung, dass der Abschnitt der Reichsverfassung über die Bahnen diese Uebertragung nicht ausschließt, wir meinen vielmehr, dass Abschnitt 7 Gesichtspunkte enthält, nach denen die Rechte des Reichs zu regeln sind und dass dort nur die eigentliche sodass materielles enthalten ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Regierung zu der Auffassung gelangt, dass es zulässig ist, im Wege des Reichs-Eisenbahngesetzes die Aufsichtsbefugnisse auf das Reich zu übertragen. Ich habe in der Budgetcommission denjenigen Artikel aus dem schon ausgearbeiteten Gesetzentwurf vorgelesen, der diesem Gedanken Ausdruck gibt. Ich sage: ob der preussische Staatseisenbahnbesitz auf das Reich übergeht, oder ob das Reich seinen heutigen Eisenbahnbesitz noch ausdehnt, ist für die Entscheidung der Frage über das Aufsichtsbefugnis völlig gleichgültig. Wir haben die Absicht, uns mit unsern Staatsbahnen der Reichsaufsicht ebenso gut zu unterwerfen, wie es die Privatbahnen thun müssen; wir wollen keine Exception für uns, wenn wir auch vielleicht eine verschiedene Behandlung verlangen. Denn, meine Herren, niemals wird ein Zeitpunkt eintreten, wo wir nicht auch Privateisenbahnen haben werden. Wie weit auch die Aufgabe des Reichs und Staats sein mag in Bezug auf die Durchführung des Staatsbahnsystems, immerhin wird ein bedeutender Theil der Bahnen der Privatindustrie verbleiben. In dieser Beziehung also und in Bezug auf das Reichs-Eisenbahnproject, unter dem ich übrigens nach Lage der Gesetzgebung nichts anderes verstehe als die Uebertragung der preussischen Bahnen an das Reich, steht eine Aenderung nicht bevor. Die Regierung wird bemüht sein, den Gedanken, dem ich eben Ausdruck gegeben habe, praktische Folge zu geben, sie ist bemüht, für die von ihr aufgestellten Projecte unter Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Landes wie der Rechtsverhältnisse der Eisenbahnen die Zustimmung der verbündeten Regierungen zu erlangen. Ich bitte schließlich, dass Sie, indem Sie der

Regierung Ihre Unterstützung zuwenden wollen, dieser Resolution die Zustimmung nicht versagen. (Beifall.)

Abg. Dr. Miquel:

Die Resolution bezweckt nicht, Preussens Kompetenz zu vergrößern, wie Abg. Windthorst-Meppen behauptet; wir wollen als preussische Abgeordnete vielmehr beweisen, dass wir „Reichspatrioten“ sind, wenn man so sagen darf, wir wollen, dass das Reich die durch die deutsche Verfassung ihm zugewiesene Aufsichtsbefugnisse den preussischen Bahnen und dann allerdings allen deutschen Bahnen gegenüber einnehme. Immer mehr ist man in allen Particularstaaten bemüht gewesen, die Privatbahnen an den Staat zu bringen; darin liegt die Gefahr einer einseitigen Ausbeutung staatlicher fiskalischer Interessen zum Nachtheil des ganzen Verkehrs, des Handels und der wirtschaftlichen Interessen in hohem Grade vor. Darum ist es nothwendig, dass das Reich das ganze Eisenbahnwesen beherrsche. Einheitslichkeit im ganzen nationalen Wirtschaftsleben, in allen Principien desselben ist erforderlich, und solange diese Eisenbahnfrage nicht gelöst ist, fühlen wir eine schwere Last in unserm wirtschaftlichen Leben. Das Reich muß eine wirksame Aufsicht ausüben, und ich bitte das Haus, der Resolution zuzustimmen.

Abg. v. Wedell-Malchow hatte ursprünglich die Absicht, gegen die Resolution zu stimmen, um so mehr, als Leute für dieselbe stimmen, welche sonst stets als Gegner der Regierung bekannt sind. Durch die Erklärungen des Ministers Maybach aber sei Redner so beruhigt worden, daß er nun für die Resolution stimmen werde.

Abg. Richter-Hagen:

Die Fortschrittspartei zeige, indem sie für die Resolution stimme, wiederum, daß sie nicht aus Princip opponire, vielmehr jede Vorlage sachlich behandle. Daß Preussens seine Bahnen der Aufsicht des Reichs unterstellen wolle, scheine ihm kein großes Opfer zu sein, da ja Fürst Bismarck in Preussen und in Deutschland an der Spitze der Verwaltung stehe. Daß aber ein einheitliches Princip das ganze Eisenbahnwesen durchdringe, sei erforderlich im Interesse des Reichs und auch des Publicums. Wenn man den Gedanken des Reichs-Eisenbahngesetzes festhält, so wird man allerdings von manchen jetzt beliebten Principien ablassen müssen. Uebertragung an das Reich soll in unserm Sinne nicht bedeuten: Vermehrung der Macht des Reichskanzlers. Die einzelnen Eisenbahnen sind im eigenen Interesse gezwungen, der Industrie zu dienen; wenn also alle Eisenbahnen dem Reichskanzler unterstehen, dann wären damit ganze Industriezweige in seine Hand gegeben. Das wollen wir nicht, die Macht der Verwaltung zu vermehren ist nicht unsere Absicht. Freunde des Reichs-Eisenbahngesetzes an sich, Freunde der Aufsicht des Reichs über die Staatsbahnen, verwahren wir uns doch gegen die Unterstellung, als ob wir bloß Verwaltungsbefugnisse fürchten wollten.

Handelsminister Maybach:

Nur wenige Worte, meine Herren! Der Herr Vorträger hat das Bedenken ausgesprochen, ob wir zu einem Reichs-Eisenbahngesetz kommen würden, solange das Reichs-Eisenbahnproject und die Absicht besteht, im weitern Umfange eine Verstaatlichung der Eisenbahnen eintreten zu lassen. Ich bin nun gerade entgegengesetzter Ansicht und hoffe, daß durch diese öffentlich auch in der Thronrede bekundete Absicht ein günstiger Einfluß sich zeigen wird für das Zustandekommen eines rationellen Eisenbahngesetzes. Ich habe in der Budgetcommission nicht zwei, sondern nur einen einzigen Paragraphe des Eisenbahngesetzentwurfes vorgelesen, es handelte sich nur darum, zu zeigen, daß ein früher ausgesprochener Gedanke in dem Entwurfe erhalten sei, aber nicht darum, Mittheilung zu machen über die gesammten Principien derselben. Die Rathschläge des Vorträgers in Bezug auf letztere werden sorgfältig erwogen werden, wenn er aber schon heute eine abfällige Kritik gibt, von dem, was künftig einmal kommen könnte, so erinnere mich das an eine Aechtung, die anderswo gethan ist: Ich kenne die Absichten der Regierung nicht, aber ich misbillige sie. (Weiterkeit.) Wenn dann für die Privatbahnen größere wirtschaftliche Freiheit gewährt werden möge, so bin ich mit dem Wunsche ja einverstanden, halte aber denselben sachlich für insofern begrenzt, als die Eisenbahnen zunächst als öffentliche Organe und Transportmittel concessionsfrei sind und nicht in erster Reihe als Erwerbsquellen. Es ist ja sehr wünschenswerth, wenn beides zusammentritt; keinesfalls aber dürfen wichtige wirtschaftliche Interessen des Landes durch die Freiheit der Privatbahnen verletzt werden. Dieraus wird die Discussion geschlossen.

In persönlicher Bemerkung verwahrt sich Abg. Richter-Hagen dagegen, die vom Herrn Handelsminister angeführte Antithese der Eisenbahnen als Transportanstalten im öffentlichen Interesse und als Erwerbsanstalten im Interesse der Actionäre aufgestellt zu haben. Hr. Maybach wollte sich durch solche Ausführung nur einen kligen Applaus verschaffen. (Widerpruch und Lärm.)

Nachdem der Referent Abg. Graf Limburg-Stirum den Antrag der Budgetcommission vertheidigt hat, wird die Resolution mit großer Majorität angenommen.

Die nächste Sitzung findet morgen 12 Uhr statt. Tagesordnung: Denkschrift über Geschäftswaldungen im Regierungsbezirk Trier, Etat der Domänen, Forsten, Bauverwaltung etc.

Die neuesten Vorgänge in Konstantinopel.

Eine Correspondenz aus Konstantinopel vom 12. Dec. in der National-Zeitung gibt über das energische Einschreiten des Sultans gegen die den Reformen abgeneigte Partei, im besondern die Entfernung Mahmud-Damat-Pascha's aus der Hauptstadt, folgende Aufschlüsse:

Ahereddin-Pascha war am 3. Dec. spät abends zum Großvezir ernannt, indeß erst am Morgen des 4. Dec. auf der Pforte feierlich eingesezt worden. Der neue Großvezir

hatte als Ausländer kaum einen namhaften türkischen Staatsmann zum aufrichtigen Freunde. Am mindesten konnten seine Beziehungen zu den Spitzen des türkischen Beamtenthums, zu Mehmed-Ruschdi, Ehem, Achmed, Westi und Sawet-Pascha gute sein, die alle selber vor dem Inhaber des höchsten Postens gewesen waren und denen, in der Person Ahereddin's, nicht nur ein Eindringling, sondern auch der Vertreter von Principien sich gegenüberstand, welchem sie selber die Anwendbarkeit in der Verwaltung des Osmanischen Reichs abspachen. Allein, wie groß auch immer die Antipathie dieser ehemaligen Großvezire gegen den „Luneseu“ war und wie entschieden auf sein unmittelbarer Vorgänger Sawet-Pascha sich in Bezug auf die Ablehnung der englischen Vorschläge mit seinem Vordermännern Eins wußte, scheint dennoch ein eigentlicher Widerstand gegen das sich einleitende neue Regime aus diesem Kreise nicht hervorgegangen zu sein. Vielleicht im Einverständnisse mit jenem, den Sultan umgebenden, engsten Cirkel glaubte man, daß die Opposition nur dann eine wirksame sein könne, wenn sie durch ein Mitglied der Herrscherfamilie selber vertreten und geleitet werde. Man hatte seine Blicke in dieser Hinsicht auf den nächstältesten Bruder des Sultans, den Prinzen Mehmed-Reschad-Efendi, gelenkt und zwar hat es viel Wahrscheinlichkeit für sich, daß sich damit die Absicht, den Monarchen einzuschütern, verband. Mahmud-Damat-Pascha, der Schwager des Sultans Abd-ul-Hamid, scheint zwischen der Partei der ältern unzufriedenen Staatsmänner und dem Prinzen Mehmed-Reschad die Vermittelung übernommen zu haben. Ob dem genannten Prinzen Eröffnungen darüber gemacht wurden, daß eventuell er selber auf den Thron erhoben werden würde, bleibt ungewiß. Allerdings ist ein Gerücht im Umlauf, wonach Mahmud-Damat dem Mehmed-Reschad-Efendi geradezu den Vorschlag gemacht haben sollte, mit den Reformen abgeneigten Patriotenpartei in Verbindung zu treten, welche es übernehme, ihn auf den Thron zu erheben; allein die Sache ist durchaus nicht gewiß. Auch geht eine Sage um, wonach der Prinz erwidert habe, daß, falls ein Thronwechsel unerlässlich werden sollte, nicht er, sondern sein ältester Bruder Kurab (der entthronte Sultan) das erste Anrecht auf den Thron haben würde.

Inzwischen hatte das Gehen und Kommen Mahmud-Damat-Pascha's Verdacht beim Sultan erregt, der durch seine Späher über alles, was sich im Palast begibt, genau unterrichtet ist. Mehmed-Reschad-Efendi wurde zum Sultan beschieden und erstattete diesem einen offenen Bericht über das, was sich zugetragen hatte, im besondern über die Aeußerungen Mahmud-Damat Pascha's, was denn zur Folge hatte, daß dieser selber zweimal, und zwar am 5. und 7. Dec., vom Sultan in Person einem scharfen Verhör unterworfen wurde. Hiermit trifft zeitlich das Eingehen eines umfassenden Berichtes der türkischen Geheimpolizei beim Sultan zusammen, wodurch constatirt wurde, daß Mahmud-Damat-Pascha in letzter Zeit einen lebhaften Verkehr mit dem muslimanischen Geisteslicht geßlossen und dabei eine dem Sultan entschieden feindliche Tendenz bekundet hätte. Der genannte Pascha ist Besitzer eines ausgedehnten Eigenthums (Landgüter) und weiten Jagdgründen in der Umgegend von Beykos (auf dem asiatischen Ufer des oberen Bosporus) und war unmittelbar nach seiner letzten Unterredung mit dem Monarchen am 7. Dec. um Mittag dahin abgegangen, um dem Weidwerk obzuliegen. Inzwischen war zum folgenden Tage (Sonntag, 8. Dec.) das Cabinet in den Zildis-Kiosk beschieden worden. Auch der englische Botschafter Layard soll sich in den Vormittagsstunden dort eingefunden und mit dem Sultan sowohl wie mit Ahereddin-Pascha conferirt haben. Wie es heißt, handelte es sich um eine neue Berathung der Reformen und zwar zunächst einer Denkschrift, die vom englischen Botschafter eingereicht worden war und, ausgedehnter als alle früheren englischen Mittheilungen, die Angelegenheit unter 21 Artikel und Paragraphe zusammenfaßt. Endlich, am Montag, 9. Dec., und zwar bereits in früher Stunde, wurde nach Mahmud-Damat-Pascha gesucht. Man erfuhr alsbald, daß er sich bei Beykos befände, und sendete in rascher Folge drei Telegramme an ihn, die ihn anwies, sich ohne Verzug nach dem Zildis-Kiosk zu begeben. Er leistete dem Folge; ob er bei seiner Ankunft durch den Sultan empfangen wurde, ist zweifelhaft, mindestens geschah es nicht. Man theilte ihm mit, daß er zum Generalgouverneur von Tripolis in Afrika ernannt worden sei und sich ohne allen und jeden Verzug auf seinen neuen Posten zu begeben habe. Auch waren der erste Kammerherr des Sultans und zwei Adjutanten desselben bereit, ihn an Bord der vor dem Palast Dolma-Baghdschi unter Dampf liegenden Nacht Thalia zu begleiten. Er kam etwa um 8 Uhr abends auf diesem Fahrzeuge an, dessen Abfahrt sich indeß bis 11 Uhr verzögerte, indem Mahmud-Damat-Pascha noch auf die Ankunft seiner Effecten und einiger Diener, die nicht sogleich zur Hand waren, namentlich seines Secretärs, zu warten hatte, der erst in der entlegenen Vorstadt Eub aufgefunden wurde.

Mit dem neuen Generalgouverneur der Provinz Tripolis wurden auch zugleich diejenigen Uemas und andere Personen auf der Thalia eingeschifft, in Betreff welcher die Geheimpolizei ermittelt hatte, daß sie in den jüngsten Wochen mit Mahmud-Damat-Pascha in lebhaftem Verkehr gestanden hatten. Ich nenne in dieser Hinsicht Hassan-Fehmi, der ehemals Scheich-ul-Islam war, Achmed-Chaluffi-Efendi wie Faibar-Efendi und Emin-Efendi; sodann Ali-Rifa-Bei, ehemaliger Präfect von Stambul; Khurschid-Bei, der die nämliche Stellung in dem der Hauptstadt gegenüberliegenden Stutari bekleidete; Redschid-Pascha, den Musikmeister des Palais, endlich den Chesarzi des Zildis-Kiosk, Iskenber-Pascha, einen geborenen Deutschen aus Celle in der Provinz Hannover, mit Namen Dampwolff; wie gesagt, alle Genannten reisen mit der Thalia ab, die auf dem Wege nach Tripolis in verschiedenen kleinasiatischen Häfen und auch bei Saïda in Syrien anlegen und nach welchem Orte Iskenber-Pascha (Dampwolff) bestimmt ist. Da den aus Stambul entfernten Paschas sämmtlich in entlegenen Provinzen eine neue amtliche Stellung angewiesen ist, handelt es sich für dieselben der Form nach nicht um eine „Verbannung“, sondern nur um eine „dienstliche Veretzung“. Meine Erkundigungen ergeben, daß der Hauptgorn des Sultans sich wider Mahmud-Damat-Pascha, seinen Schwager, wendet. Die Gemahlin des letztern und leibliche Schwester des Sultans, Prinzessin Dschemile Khanum (geboren 18. Aug. 1843), war vergebens zweimal im Zildis-Kiosk erschienen, um die Verzeihung ihres Bruders für ihren Gemahl anzusuchen, indeß beidemal vergebens, in-

Ministerien die Dauer werden ohne. Steht alle sinnen. Stellung vor- ders gestal- wuf zurück; dene Mittel damals ein dem Hause rde dasselbe i die Regie- gel möglich und Sa- schaftlichen mönen und dem einen andern; die h eine Ab- empfohlen, Gewerbe in den erachtet schon ohne- gen Regie- dem Mi- die ana- Verbindung des Staa- Ministers diese Ab- ich denke, daß keine er trörtet minister sind besagt wird, Eisenbahn- wir doch lung nicht heute schon schenlich, rde, weise die Herren! gewissam und wenn diese Ange- in Reforts prafischem Staat und ht, daß sie aiffer klagt gerade jetzt ation der woenigstens Grund an- m darin hen in Be- stellen will; daß diese bl. Wenn amtes und ort, dessen bleibt, er n, sondern daß das Reich ge- webau der erweist sich en, ob sie über etwas ebentliches nicht zu Jacobi: um zu- che Gestal- Regierung, eßgehalten schäftig. 1709, die klar, daß die Verwal- und beim Entschieden man ihr das muß pathie im st es, daß mente ans Ueber- wath ver- wündern er der ein- undbedrath twicklungs erhältnisse, und ich auch für gut und eseshalb er Staat mußst behan- t bestehen unge unan- auf eine Persönlich- e Vorlage Jacobi: ren, daß acht habe;

dem sie nicht vorgelassen wurde. In türkischen Kreisen ist man der Meinung, daß Khereddin-Pascha sich nicht auf die Dauer werde behaupten können und daß dann der Sultan sich vor die Alternative gestellt sehen dürfte, entweder unter Preisgebung des guten Verhältnisses mit England auf seine alten Tage zurückzugreifen oder sich Ribhat's Führung in die Arme zu werfen. Nachdem die Dinge nun einmal so weit gediehen sind, dürfte man dieses letztere nicht mehr als durchaus unmöglich erachten. Mit der Ernennung Khereddin-Pascha's zum Großvezir und dem, was sich unmittelbar daran schloß, hat Sultan Abd-ul-Qamib den Kubicon überschritten; seine Fingabe an England soll eine vollständige und unbedingte sein, und der englische Einfluß dürfte ihn denn auch bestimmen, bis zum Äußersten vorwärts zu gehen. Man hält dies für viel wahrscheinlicher als einen Rückschritt und eine Umkehr.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 18. Dec. Die von einem Blatte gebrachte Nachricht, daß der Finanzminister Hobrecht nach Friedrichshagen gereist sei, um mit dem Fürsten Bismarck über die Steuerreform zu conferiren, wird von den Officiösen mit der Bemerkung dementirt, daß der Finanzminister sich in Berlin befinde. Wie man uns indess mittheilt, wird Hr. Hobrecht sich morgen (Donnerstag) nach Friedrichshagen begeben.

Die Tribüne theilt mit: „Wie man hört, soll ein umfassender Finanzreformplan dem Bundesrathe wie dem Reichstage mit dem Etat zugehen, und diese Angelegenheit den Gegenstand bevorstehender Besprechungen des Finanzministers mit dem Reichskanzler bilden.“

Die „Post“ schreibt: „An zuständiger Stelle nimmt man die Nachricht der Agenzia Stefani, daß Kaiser Wilhelm ein Dankschreiben an den Papsi auf dessen Glückwunsch gerichtet habe, als wahrscheinlich richtig an. Ob dieses Schreiben, wie seinerzeit das des Kronprinzen, ohne Hinzuhaltung des Staatsministeriums abgefaßt ist oder nicht, darüber gehen die Meinungen auseinander.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger berichtet aus Berlin vom 18. Dec.: „Ihre kaiserl. und königl. Hoh. die Kronprinzessin begibt sich heute Abend nach Köln, um dort mit Sr. königl. Hoh. dem Prinzen von Wales zusammenzutreffen.“ Einem berliner Briefe des Schwäbischen Merkur zufolge wäre die Reise des Kronprinzenpaares nach Darmstadt auf Wunsch des Kaisers unterblieben.

Das Ableben der Frau Großherzogin von Hessen besprechend, sagt die Provinzial-Correspondenz, mit der großherzoglichen Familie trauerer um sie die heftigste Bevölkerung, in welcher die hohe Frau eine wahrhaft innige Verehrung und Liebe genoß — und die weitesten Kreise in Deutschland würdigten und theilten den Schmerz um eine Fürstin, welche nicht bloß in ihrem nächsten Kreise wohlthätig und segensreich gewirkt, sondern nach den höchsten geistigen und sittlichen Interessen ernste Förderung gewidmet hat.

Ueber die Abschiedsaudienz, welche der Kaiser am 11. Dec. dem bisherigen österreichisch-ungarischen Botschafter am berliner Hofe Grafen Károly gewährt hatte, meldet die Provinzial-Correspondenz Folgendes: „Se. Maj. sprach dem Grafen, welcher zu drei malen in schwierigen und bedeutsamen Zeiten die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen, resp. Deutschland zu vermitteln hatte, seine wärmste Anerkennung für den ersten Eifer und die Umsicht aus, mit welcher er sich dieser Aufgabe unterzogen und damit ein hohes Verdienst um die Befestigung der wahrhaft freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Regierungen und Staaten erworben hat, und zugleich das lebhafteste Bedauern, ihn aus der hiesigen Stellung scheiden zu sehen.“

Die Provinzial-Correspondenz gibt die Worte wieder, mit denen Graf Andrassy in der österreichischen Delegation am 6. Dec. die Stellung Deutschlands zu Oesterreich-Ungarn charakterisirt hat, und bemerkt, in Anknüpfung an diese Worte, die Politik des Grafen Andrassy habe in der Delegation von neuem über alle Gegnerschaft den Sieg davongetragen.

Dem Bundesrathe ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen zugegangen. Der Entwurf umfaßt 17 Paragraphen und stellt den gedachten Verkehr unter strenge Controle der Beamten der Gesundheitspolizei, welche mit weitgehenden Befugnissen bezüglich des Einschreitens versehen sind. Die Strafbestimmungen sind ziemlich streng und hoch gegriffen. Von besonderer Wichtigkeit ist §. 5:

Für das Reich können durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrathes zum Schutze der Gesundheit Vorschriften erlassen werden, welche verbieten: 1) Bestimmte Arten der Herstellung, Aufbewahrung und Verpackung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln, die zum Verkauf bestimmt sind; 2) das gewerbmäßige Verkaufen und Feilhalten von Nahrungs- und Genussmitteln von einer bestimmten Beschaffenheit oder unter einer der wirklichen Beschaffenheit nicht entsprechenden Bezeichnung; 3) das Verkaufen und Feilhalten von Thieren, welche an bestimmten Krankheiten leiden, zum Zwecke des Schlachtens, sowie das

Verkaufen und Feilhalten des Fleisches von Thieren, welche mit solchen Krankheiten behaftet waren; 4) die Verwendung bestimmter Stoffe und Farben zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen, Spielwaaren, Tapeten, Sch., Trink- und Kochgeschirr, sowie das gewerbmäßige Verkaufen und Feilhalten von Gegenständen, welche diesem Verbote zuwider hergestellt sind; 5) das gewerbmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum von einer bestimmten Beschaffenheit zu Beleuchtungs Zwecken.

Die Einrichtung von technischen Untersuchungscommissionen ist in Aussicht genommen, an denen ein ärztlicher Gesundheitsbeamter, ein Chemiker und ein Thierarzt thätig sein sollen.

Die National-Zeitung bemerkt zunächst thatsächlich, daß der Handelsvertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn das Datum Berlin, 16. Dec. 1878 trägt und dießseits vom Staatssecretär des Auswärtigen Amtes Staatsminister v. Bälou, österreichisch-ungarischerseits vom I. L. Geschäftsträger Grafen v. Wollenstein-Trostburg unterzeichnet ist. Sodann fügt sie bei: „Durch den Vertrag ist für die deutsche Industrie eine neue Situation geschaffen worden, und zwar eine ungünstige. Gegen die Ungunst desjenigen österreichischen Zolltarifs, der vom 1. Jan. ab in Kraft tritt, wird Abhilfe in einer Zukunft in Aussicht gestellt, von welcher man nicht weiß, wann, ja nicht einmal bestimmt, ob sie eintreten wird. Oesterreich hat es verstanden, seine Handelsverträge sich zu erhalten, bis es einen autonomen Tarif zu Stande gebracht hatte, wie es ihn sich wünschte. Dies Ziel, welches Oesterreich glücklich erreicht hat, hat auch Deutschland erstrebt. Ihm ist mißlungen, was dem Nachbarreiche geglückt ist. Die Verlängerung des Handelsvertrages bis zu dem Augenblick, wo unsere Regierung denselben entbehren zu können glaubte, ist gescheitert. Das ist eine Parallele, die sich auch dem vornehmlichsten und wohlwollendsten Kritiker sofort aufdrängt.“

Ueber den Handelsvertrag mit Oesterreich schreibt der Provinzial-Correspondenz: „Als der wesentlichste Unterschied von dem bisherigen Vertrage ist hervorzuheben, daß dem neuen Vertrage keine, die beiderseitige Zollgesetzgebung bindende Vertragstarife beigelegt sind, jedem der beiden vertragenden Theile vielmehr die volle Freiheit der autonomen Regelung seines Zolltarifs gewahrt bleibt. Beide Theile haben sich jedoch für die Dauer des neuen Vertrages wechselseitig alle Rechte der meistbegünstigten Nation zugesichert. Das Zollcartell ist einstweilen aufrecht erhalten. Im übrigen hat man sich dahin vereinigt, die gebräuchliche Fortentwicklung derjenigen Handels- und Verkehrsbeziehungen, welche in der Nachbarschaft beider Reiche wurzeln und durch die bisherigen vertragsmäßigen Vereinbarungen Pflege und Förderung gefunden haben, auch für die Dauer des neuen Vertrages sicherzustellen, soweit solches mit der Wahrung der von jedem der beiden Theile zu berücksichtigenden eigenen Landesinteressen vereinbar erachtet werden konnte. In diesem Sinne sind der Beredlungsverkehr sowie auch der Verkehr mit roher ungebleichter Leinwand durch entsprechende Bestimmungen des neuen Vertrages geregelt worden.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: „Die pariser Republique française bringt seit längerer Zeit Correspondenzen aus Dresden (des bords de l'Elbe), welche sich nicht selten durch eine gewisse Gehässigkeit gegen das Deutsche Reich und die Festigung seiner Institutionen auszeichnen. Es ist vollkommen begreiflich, daß die Republique française Werth darauf legt, ihre Spalten mit für Deutschland wenig sympathischen Betrachtungen zu decoriren, weniger begreiflich ist uns dagegen, wenn — wie das Journal Ordre behauptet — der Verfasser jener Correspondenzen wirklich ein Lehrer an einer königlich sächsischen Militär-Anstalt in Dresden sein sollte, die Vereinbarkeit einer derartigen Thätigkeit mit den Pflichten seines amtlichen Berufes.“

Preußen. Das Comité zur Errichtung eines Obelisken am Potsdamer Thor zur Erinnerung an die Genesung und Heimkehr Sr. Maj. des Kaisers hat folgenden Aufruf erlassen:

Se. Maj. der Kaiser und König ist am 5. Dec. in die Hauptstadt heimgekehrt. Nach banger Monaten voll Trauer und Beklammerniß, voll Sorge um Leben und Gesundheit des geliebten und verehrten Monarchen, hat ihn zum ersten mal wieder sein Boll in Freude und voll Dank gegen Gott entgegenjubeln dürfen. Den Tag, da er mit der Wieder-aufnahme der schweren und opfervollen Regierungsthätigkeit dem Reiche und seinem Lande zum zweiten mal geschenkt worden, diesen Tag durch ein bleibendes Erinnerungsgedächtniß auch den kommenden Geschlechtern zu erhalten, ist ein Gedanke, der, einmal ausgesprochen, in weitesten Kreisen Nachhall und Zustimmung gefunden hat. Beim Eintritt in die Hauptstadt begrüßte ein Obelisk am Potsdamer Thor, im Kreuzungspunkte wichtiger Hauptstraßen aufgestellt, den heimkehrenden Monarchen. Für die Feier des Einzuges von den Architekten Kallmann und Seyden entworfen und in wenigen Tagen aufgerichtet, machte er durch seine schönen Verhältnisse, durch die geschickte Wahl der Stellung, durch die glückliche Verbindung mit laufenden Brunnen eine Wirkung, welche allgemein den Wunsch hervorrief, diesen Obelisken in dauerndem Material, in künstlerischer Vollendung als ein Monument jenes denkwürdigen Tages und zu bleibender Zierde der Hauptstadt ausgeführt zu sehen. Die Unterzeichneten sind zusam-

mengetreten, um sich der Verwirklichung dieses Planes zu widmen. Von Sr. Maj. dem Kaiser und König ist dem Unternehmen in allergnädigster Weise die Genehmigung erteilt worden; auch bei Sr. kaiserl. und königl. Hoh. dem Kronprinzen hat es die lebhafteste Theilnahme gefunden. Eine vorläufige Ermittlung berechtigt zu der Annahme, daß die Summe von 300000 M. genügen werde, um das Werk in Granit und Bronze herzustellen. Die Ausführung kann rasch erfolgen, sobald die Mittel zur Deckung der Kosten gesichert sind; es ist in hohem Grade wünschenswert, mit Ablauf des Winters Hand ans Werk legen zu können. An alle, welche dem Gedanken an Errichtung eines monumentalen Obelisken auf dem Potsdamer Platz in Berlin zur Erinnerung an die Wiedergenesung und Heimkehr unsers Kaisers zustimmen, vor allem an unsere Mitbürger richten wir die Bitte, zur Beschaffung der Mittel die Hand zu bieten. Wir legen dabei die Zuversicht, daß die opferwillige Theilnahme aller Kreise unserer Stadt, welche den Einzuges Tag zu einem unvergeßlichen Fest- und Freudentage gemacht hat, auch diesem Werke nicht fehlen werde. Beiträge, auch die geringsten, ist der Schatzmeister des Comité und jeder der Unterzeichneten entgegenzunehmen bereit.

Berlin, 16. Dec. 1878. Das Comité. Folgen die Unterschriften der Comitémitglieder.

Die Provinzial-Correspondenz kommt auf die „guten Revolutionäre“ und auf den „guten Ruf der Revolutionäre“ des Hrn. Birkow zu sprechen und bemerkt im Anschlusse an seine Erklärung, daß er unter „guten Revolutionären“ nicht „moralisch gute“, sondern solche, die als Revolutionäre ihre Sache gut machen, gemeint habe:

Leider hat der Abg. Dr. Birkow die nachträgliche Erklärung auf den ersten Theil seiner früheren Worte beschränkt. Unverküht und gerade nach der jetzigen Auslegung unerklärlich ist der zweite Theil geblieben, zunächst die Worte: „Es heißt doch in der That sich verständigen an dem guten Rufe der Revolutionäre, wenn man sie einfach zu Königsmördern stampeln will.“ Wenn der Abgeordnete unter „guten Revolutionären“ nicht moralisch gute verstanden hat, was kann er wol unter ihrem „guten Ruf“ verstanden haben, an dem man sich nicht verständigen soll? Von gutem Ruf kann doch überhaupt in keinem andern als im moralischen Sinne die Rede sein, und die Warnung vor Verständigung setzt unbedingt einen gewissen Grad von Achtung voraus. Dr. Birkow hatte hinzugefügt: „So waren unter den Theilnehmern an den großen Aufzügen sicherlich viele Revolutionäre, die keinen Augenblick zweifelhaft gewesen wären, wenn es sich darum gehandelt hätte, den Straßentempel zu beginnen.“ Diese Worte sind ein eigenthümlicher Nachhall zu dem erbebenden Fest, und wenn Dr. Birkow beim Beginn seiner Rede versicherte, daß er namens der berliner Abgeordneten spreche, so darf man wol annehmen, daß dies wenigstens in Bezug auf diesen Beitrag zur Würdigung der Einzugesfeier nicht der Fall war.

Die Unterrichtscommission hat beschlossen, die Regierung aufzufordern, im nächsten Etat eine Verstärkung des Fonds für die Unterstützung emeritirter Lehrer und Lehrerinnen in Höhe von wenigstens 300000 M. in Aussicht zu nehmen und desgleichen den Zuschuß für die Unterstützung der Elementarlehrerwitwen und -Waisen so weit zu erhöhen, daß dem dringendsten Nothstande abgeholfen werde.

Freie Städte. Vor dem Secante in Hamburg begann am 16. Dec. die Verhandlung über den Untergang der Pommerania. Wir entnehmen dem Berichte der Hamburgischen Nachrichten das Nachfolgende über die Vernehmung des Kapitäns Schwensen:

Das Segelboot war zwei Striche steuerwärts; Zeuge gewahrte durch das Nachtglas ein grünes Licht, das bald wieder verschwand, worauf er sich ins Kartenhaus begab. Vier Minuten später fand der Anprall statt; das Segelboot ging an Steuerbordseite der Pommerania entlang fort. Das Verfabren des ersten Offiziers, Steuermann Ruder zu commandiren, billigt Zeuge durchaus. Wie das rothe Licht zuerst nicht gesehen werden konnte, ist ihm unerklärlich; es sei denn, daß es durch ein Segel verdeckt gewesen. Thatsache ist, daß dasselbe ganz plötzlich wahrgenommen wurde. Das Wetter war trübe. Das letzte gesehene Leuchtfeuer war das von Bevens. Das trübe Wetter war nicht die Ursache, daß auf der Pommerania das rothe Licht nicht selber gewahrt wurde, erblickte man doch Top- und rothes Licht eines Dampfers, der sich etwa 1/2 Seemeilen entfernt befand, ganz deutlich. Die Pommerania fuhr nicht mit voller Geschwindigkeit (14 Meilen die Stunde), machte vielmehr nur 12 Meilen. Die Umdehungen der Schraube beliefen sich auf etwa 56 in der Minute. Der Laderaum der Pommerania war durch wasserdichte Schotten abgeschlossen; das Wasser ergoß sich in die Maschinen-, Kessel- und die Passagierräume. Zeuge erinnert sich nicht, ob die mit Schotten versehenen Kohlenräume während des Zusammenstoßes abgeschlossen gewesen. Er hat keinen darauf bezüglichen Befehl erteilt, weiß auch nicht, wie das auf andern Schiffen gehalten wird. Das Loth wurde zuletzt gegen 8 Uhr ausgeworfen. Daß die Mannschaft vollauf ihre Pflicht gethan, ginge daraus hervor, daß in der kurzen Zeit so viele Menschen gerettet wurden. Zeuge begab sich einige Minuten, nachdem die Schoten angeschlagen hatten (11 1/2 Uhr), in das Kartenhaus; die Uhr, welche er beim Untergange bei sich führte, stand einige Minuten nach 12 1/2 Uhr still, sobald zwischen dem Zusammenstoß und dem Sinken der Pommerania nicht viel über 20 Minuten verstrichen sein können. Die Seitenlaternen des Schiffes brannten hell.

Oesterreich-Ungarn.

Wenn unsere deutsche Industrie durch den provisorischen Handelsvertrag mit Oesterreich nicht eben befriedigt ist (wie das unter andern die oben von uns mitgetheilten Aeußerungen der National-Zeitung bekunden), so ist man in Oesterreich — zum wenigsten nach dortigen Blättern — auch nicht gerade enttäuscht davon. Die Deutsche Zeitung in Wien

bezeichnet die Verhandlung über den Handelsvertrag als einen Kampf.

In Frankfurt am Main, Norddeutsche Tagesblätter, übergeben heutzutage die Begabe der Frage, Journalist eines öffentlichen Sache ein furter Schweizer Recht des Tendenzen streitet er garde er tischen B leit und sch aus, Beschluß mern. Einmal die Alinea 2 anzusehen vorfichtige Lage kommt Fürstenme Was schli der aufgef verstorben ein langw zu, daß keinen Har Witzblätter Fragen in zugewinne der Frank malen wir

Das folgende orientale gegen das der junge, spielerische Gesehnen lie Grande in Blatt kein des Bürger Sohnes der jedoch dara Das Parie die Republi die Reclam haben soll, es sei sehr lange, da d ergriffene W wenn ich e würde ich e Madrid sent rungskunst nicht weiß, französischen glückselige, i bol der Fre Junge, sei e nicht dein e eines schone eben so kurz g Sie doch der

* Paris Bundesre Chaur-de-Fr XIX. Siecle möchten wir bitten, sich erinnern um Landdeute europäischer vernahmen le wir es der Pflicht thut, in Kenntniß anstrengt. In fordern wir ist uns wen länder, Bel Souverän l ihre Parteist

bezeichnet den Vertrag geradezu als eine Benachtheiligung Oesterreichs, namentlich wegen der Beibehaltung des Verordnungsverfahrens, das sie auf das lebhafteste als eine Schädigung der österreichischen Industrie bekämpft.

Schweiz.

In einem Disput des Berner «Bund» mit der Frankfurter Zeitung schreibt der «Bund»: „Die Frankfurter Zeitung ist wegen eines Citats aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, welches in die Tagesübersicht der Donnerstagsnummer des «Bund» übergegangen ist, aus dem Häuschen gerathen und regallirt uns zur Abwechslung wieder einmal mit dem heutzutage sehr beliebten Vorwurfe des Servilismus. Wir begreifen nicht, warum die wortgetreue Wiedergabe der Auslassung einer fremden Zeitung in einer Frage, die die Schweiz so nahe geht, uns als ein journalistischer Verstoß angerechnet wird; die Fälschung eines Citats hätte doch wol mehr gegen den journalistischen Anstand verstoßen. In das Materielle der Sache eintretend constatiren wir bloß, daß die Frankfurter Zeitung noch in ihrer Donnerstagsnummer dem schweizerischen Bundesrathe das verfassungsmäßige Recht des Einsprechens gegen ein Blatt, mögen dessen Tendenzen auch noch so verwerfliche sein, förmlich bestreitet und die vom Bundesrathe gegen die «Avantgarde» ergriffenen Maßregeln mit der sehr unpatristischen Bemerkung begleitet, es könne die Selbstständigkeit und Freiheit, mit welcher der Bundesrath von sich aus, ohne Anregung von andern Staaten, seinen Beschluß gefaßt hat, die Sache nur noch verschlimmern. Wir rathen unserer Collegen am Main, doch einmal die Art. 102, Alinea 8, 9 und 10 und Art. 112, Alinea 2 unserer Bundesverfassung sich etwas näher anzusehen; vielleicht dürfte sie dann in Zukunft etwas vorsichtiger sein und nicht mehr in die unangenehme Lage kommen, auf gleiche Linie mit den Predigern des Fürstenmordes in der «Avantgarde» gestellt zu werden. Was schließlich die von der Frankfurter Zeitung wieder aufgefrischte angebliche Bemerkung eines schon lange verstorbenen Bundesrathes betrifft, daß der «Bund» ein langweiliges Blatt sei, so gestehen wir freiwillig zu, daß wir im Hofe unserer Redaction allerdings keinen Handwurf besitzen und daß wir den zahlreichen Bigblättern es überlassen müssen, ernstlichen politischen Fragen in so erster Zeit eine humoristische Seite abzugewinnen. Zu einem «Jodlers», um in der Sprache der Frankfurter Zeitung zu reden, fühlen wir dergleichen wirklich keine Lust.“

Spanien.

Das Berliner Blatt Die Post schreibt:

Folgender Artikel der République des Pyrénées orientales hat die spanische Voikschafft bestimmt, Klage gegen das Blatt einzuleiten: „Was soll das heißen? Wird der junge, auf dem Throne aller Spanier die Krone Karl's V. spielende Purische nicht bald aufhören, Frankreich zu reizen? Gestern ließ er durch einen seiner Alguacils die Petite Giroude unter dem eiteln Vorwande verbieten, daß das Blatt kein republikanisches sei. Heute beleidigt die Wahl des Bürger's Grafen v. Choiseul die Uebersetzung des Sohnes der Frau v. Marsori. Der junge Alfonso scheint jedoch darauf keine Thaten nicht beschränken zu wollen. Das Paris-Journal versichert, daß die Regierung Alfonso's XII. die République française in Spanien verboten hat. Auf die Reclamationen, welche die versäilte Regierung gemacht haben soll, soll das madriider Cabinet geantwortet haben, es sei sehr erpauet, daß man von ihm Erklärungen verlange, da der Titel des Blattes allein die gegen dasselbe ergriffene Maßregel rechtfertige. Wenn ich König, Varbon — wenn ich Präsident der französischen Republik wäre, so würde ich einen specielleu Voikschaffer mit der Mission nach Madrid senden, dem Lehrlingen in der monarchischen Regierungskunst die Ohren zu fneisen, um ihm, wenn er es nicht weiß, beizubringen, daß man nicht ungestraft der französischen Fahne spottet, die, ungeachtet schredlicher Unglücksfälle, in den Augen der Völker immer noch ein Symbol der Freiheit und des Fortschritts ist. Alfonso, mein Junge, sei artig. Bedenke, daß die französische Republik nicht dein Eigenthum ist, sonst würden wir genüthigt sein, eines schönen Morgens an deinen ersten Minister folgende, ebenso kurz gefaßte als deutliche Depeche zu senden: „Nugen Sie doch dem Kinde die Nase.“

Frankreich.

* Paris, 17. Dec. Zu dem von der schweizer Bundesregierung gegen die «Avantgarde» von La-Chaux-de-Fonds eingeschlagenen Verfahren bemerkt das XIX. Siècle: „Weit entfernt, den Bundesrath zu tabeln, möchten wir im Gegentheil die französische Regierung bitten, sich gegebenenfalls dieses festen Auftretens zu erinnern und es nachzuahmen. Wenn es einem unserer Landesleute widerfahren sollte, gegen den einer jeden europäischen Regierung, mit der wir in gutem Einvernehmen leben, schuldigen Respekt zu verstoßen, werden wir es der Behörde niemals verübeln, daß sie ihre Pflicht thut, diese Regierung sofort von dem Geschehenen in Kenntniß setzt und auf ihr Verlangen einen Proceß anstrengt. Für die Ausländer aber, die bei uns leben, fordern wir eine noch strengere Ueberwachung. Es ist uns wenig daran gelegen, ob diese Italiener, Engländer, Belgier, Russen, Deutsche, Spanier ihren Souverän lieben oder nicht. Wir lassen uns auf ihre Parteistreitigkeiten gar nicht ein und wollen uns

auch nicht von ihnen in dieselben hineinziehen lassen. Wir dürfen aber nicht dulden, daß sie zu uns kommen, um Verschwörungen anzuzetteln oder sich in pathetischen Schmähdreden gegen die Einrichtungen oder die Regierung ihres Vaterlandes zu ergehen. Es wäre wahrlich zu naiv von uns, wenn wir uns dazu hergeben wollten, für das Bedürfniß der Herren Misvergnügten aller Länder und jeden Schlags die Rolle jener braven Festungsmauern zu spielen, welche die feindlichen Bomben auffangen, während sie selbst aus sicherem Hinterhalte in unserm Rücken ruhig auf ihre Feinde weiter schöpfen.“

Großbritannien.

Die Admiralität erklärt die von einem Bericht-erstatler der New-York World erzählte angebliche Interview des Herzogs von Edinburgh für Erfindung.

Dänemark.

Ein offener Königsbrief vom 13. Dec. setzt die neuen Wahlen zur Volkskammer auf den 3. Jan. fest. Die Wahlmanifeste sind auch bereits erschienen. Das radicale trägt 30, das gemäßigete 36 Unterschriften. Ersteres spricht die Hoffnung aus, daß in der neuen Volkskammer wieder die frühere Einigkeit und Kraft walten möge; letzteres ist ziemlich zahm und erwartet nur, daß die Regierung sich dem Einspruch der Volksvertretung fügen werde, wenn diese auch in ihrer neuen Gestaltung die westindische Gesetzvorlage ablehnen sollte.

Rußland.

Der Bericht-erstatler der Politischen Correspondenz, welcher daselbst über die Reden des Fürsten Dondukow referirte, war mehreremal von russischer Seite dementirt worden. Er schreibt nun darüber der Politischen Correspondenz:

Wenn selbst der russische «Regierungsbote» oder das Journal de Saint-Petersbourg meine betreffenden Berichte desavouirt hätten, was meines Wissens nicht der Fall ist, würde ich doch alles, was ich über die Ansprachen und Antworten des Fürsten Dondukow nach authentischen Aufzeichnungen gewissenhaft berichtet habe, vom ersten bis zum letzten Buchstaben aufrecht erhalten müssen. Das Bedürfniß, unbequeme Thatsachen als ungeschehen erscheinen zu lassen, kann der Wahrheit besorglichen keinen Abbruch thun, was ich als Ohren- und Augenzeuge gehört und erlebt habe. Auch bin ich nicht der einzige Zeuge jener Emanationen gewesen, die für mich keinen Gegenstand der Kritik, sondern der gewissenhaftesten Berichterstattung gebildet haben. Es ist sicher, daß es keine an der Orientfrage interessirte Regierung in Europa gibt, welcher nicht von ihren berufenen Organen Gleiches über die wiederholten Kundgebungen des Fürsten Dondukow berichtet worden wäre. Ich gehe aber weiter und appellire persönlich an Fürst Dondukow, welcher als Gentleman erklären möge, ob ich über seine Aeußerungen Unwahres oder Entstelltes berichtet habe.

Türkei.

Wie der Politischen Correspondenz aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die Pforte Informationen aus Adrianopel erhalten, wonach General Todleben soeben eine große Inspectionstour unternommen hat, welche nach der in russischen Kreisen ausgegebenen Parole mit vorbereiteten Maßregeln im Zusammenhang steht, die sich auf die eventuelle Räumung Rumeliens beziehen. In türkischen Regierungskreisen sei man jedoch von dem Zusammenhange der begonnenen Generalinspection mit der Räumung nicht überzeugt und mit Recht, da Todleben erst vor wenigen Tagen wieder den Abschluß der Nachtragsconvention als Bedingung derselben hingestellt habe.

Königreich Sachsen.

Vom Landesculturrath.

Der sächsische Landesculturrath, der am 18. Dec. seine Beratungen eröffnete, beschäftigte sich sogleich in der ersten Sitzung mit der Frage der indirecten Steuern im Deutschen Reiche und den Zolltarifen im allgemeinen sowie dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage. Hr. Seiler als Referent beleuchtete die hauptsächlichsten Punkte, welche es wünschenswerth erscheinen lassen, daß die indirecten Steuern, welche ertragsfähiger und leichter einbringbar sind als die jetzige Steuererhebung, dem Reiche als Einnahme überwiesen werden, um den 150 Mill. betragenden Ausfall zu decken. Der Correspondent Professor Richter unterzog die Frage: „Ist es praktisch, die Matricularbeiträge zu erheben?“, einer eingehenden Prüfung und kam dabei zu dem Resultat, daß das Reich durch eigene Einnahmen so gestellt werde, daß die Deficits in den einzelnen Staaten durch Veseitigung der Matricularbeiträge gehoben würden. Eine Schwächung der Finanzhoheit der Einzelstaaten erfolge dadurch nicht, denn der Schwerpunkt liege nicht in den Bewilligungen der Einnahmen, sondern in der Bewilligung der Ausgaben. An der hierauf folgenden Debatte theiligten sich die Herren Professor Dr. Roscher, Günther, Uhlemann, v. Dehlschlängel und Mey. Nachstehende Resolutionen wurden ganz oder fast einstimmig angenommen:

I. Der Landesculturrath erklärt: 1) Eine gründliche finanzwirtschaftliche Reform im Deutschen Reiche ist drin-

gend geboten. Das Ziel derselben sei, daß a) die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen des Reiches bestritten werden; b) die nach Art. 70 der Reichsverfassung aufzubringenden Beiträge der Einzelstaaten nicht allein in Wegfall gebracht und durch eigene Einnahmen des Reiches ersetzt werden, sondern auch noch dahin gestrebt werde, diese Einnahmen so zu erhöhen, daß Ueberschüsse an die Einzelstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, beziehentlich der zwischen den Staaten bestehenden, resp. abzuschließenden Verträge vertheilt werden können.

2) Eine allgemeine, die wirtschaftliche Lage aller Erwerbszweige gleichmäßig und gleichzeitig berücksichtigende Revision der Zolltarife und die Einführung beziehentlich weitere Ausdehnung der indirecten Steuern und Gebühren für Massenartikel beim Grenzübergang wird dieses Ziel auf die alle Klassen der Bevölkerung am wenigsten drückende und für sie am mindesten lästige Weise erreichen lassen, und zwar vorzugsweise durch höhere Besteuerung des Tabaks; Besteuerung des Petroleums; Monopolisirung von Pulver, sowie andern Sprengstoffen und Händwaaren; Einführung einer Weinststeuer; Einführung der Biersteuer bis zu den in Bayern geltenden Sätzen. Als Massenproducte, für welche eine Grenzübergangsgebühr besonders geeignet erscheint, sind zu bezeichnen: Mühlenproducte; Feldfrüchte; Vieh und Erzeugnisse der Viehzucht; Holz und sonstige Forstproducte.

II. Der Landesculturrath beschließt, die königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken,

a) daß bei der Aufstellung des Zolltarifs die Interessen der Landwirtschaft gleich den der übrigen Erwerbszweige gewahrt, b) daß Handelsverträge zur Sicherstellung des deutschen Exports einschließlich desjenigen der landwirtschaftlichen Producte abgeschlossen werden und dabei Rücksorge getroffen wird, daß jede im Inlande erhobene indirecte Steuer in allen verträglichschließenden Ländern bei der Ausfuhr in der entsprechenden Höhe zurückgewährt werde, c) daß namentlich auch bei dem Abschluß eines Handelsvertrags mit Oesterreich-Ungarn die daselbst für den Export nach Deutschland bestehenden Differentialtarife, sowie die an den Frachtfähren für die Ausfuhr gewährten Refactien beseitigt werden.

Dresden, 17. Dec. Der hiesige Rath hat in seiner letzten Plenarsitzung beschlossen, dem Sächsischen Kunstverein einen jährlichen Zuschuß von 500 M. aus städtischen Mitteln zu gewähren. Motivirt wird dieser Beschluß durch den Umstand, daß ein nicht unbedeutender Theil der von dem Verein für öffentliche Zwecke verausgabten Summen der Stadt Dresden zugute kommt. So hat der Verein die Kosten eines von Schnorr v. Carolsfeld ausgeführten und für die katholische Kirche in Neustadt-Dresden bestimmten Wandgemälde mit 500 Thlrn. bestritten, ferner ein großes Delgemälde von Rottermund der königlichen Gemäldegalerie geschenkt und in der Aula der Annenrealschule durch den Maler Diethe ein Wandgemälde ausführen lassen und dafür 3271 Thlr. bezahlt. In Bezug auf den Antrag, die Inhaber der Wanderlager und Veranstalter von Waarenauktionen zu den städtischen Steuern besonders heranzuziehen und für das Auctionswesen überhaupt schärfere Controlbestimmungen zu erlassen, beschloß der Rath, in die Verathung dieser Anträge einzugehen, die Vorberathung und Berichterstattung aber einem besondern aus je vier Mitgliedern des Rathes und der Stadtverordneten bestehenden Ausschuß zu übertragen und die Zustimmung der Stadtverordneten hierzu einzuholen. In Erwartung der Zustimmung derselben wurden sogleich die besoldeten Stadträthe Teucher und Hendl und die unbesoldeten Stadträthe Handelskammerpräsident Rälke und Bicevorsteher des Dresdner Gewerbevereins Cristofani in den betreffenden Ausschuß erwählt. Zu erwähnen ist aus dieser Sitzung noch der Beschluß des Rathes, die Kaufsbedingungen bezüglich eines von der Taubstummenanstalt um den Preis von 152550 M. erworbenen und zu Schulbauten bestimmten Arealis zu ratificiren.

Leipzig, 19. Dec. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten war in der Hauptsache der Weiterberathung des Haushaltplanes für 1879 gewidmet: es wurden eine Anzahl Contou, über welche Bau-, Oekonomie- und Finanzausschuß Vorberathung gepflogen, erledigt und, wie gewöhnlich, mit verschiedenen Abstrichen genehmigt. Dabei wurde unter andern beantragt, der Rath möge über Verwerthung der Wasserkraft der zum Abbruch gelangenden Angermühle Vorlage machen, zugleich gab man zur Erwägung anheim, ob diese Wasserkraft vielleicht zur Herstellung einer besondern Flußwasserleitung zum Zwecke der Straßen- und Promenadenbesprengung verwendet werden könnte. Zur Herstellung von drei Brunnen in der Nordvorstadt wurden 4091 M. verwilligt. Dem Vertrage mit Hrn. Schramm wegen Herstellung der Hartortstraße stimmte man bei, ebenso der weitem Verpachtung des (jetzt mit dem Tageblatt verbundenen) Leipziger Anzeigers an Hrn. Polz auf die Jahre 1879 und 1880 gegen 3000 M. jährlich.

Leipzig, 19. Dec. Wie in frühern Jahren, so veranstaltet auch in diesem Winter der Zweigverein der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung eine Reihe unentgeltlicher Vorträge im großen Saale der Buchhändlerbörse, deren erster am gestrigen Abend stattfand. Obschon die Zeit kurz vor dem Weihnachtsfeste nicht eben günstig erschien, hatte sich doch eine sehr ansehnliche Zuhörerschaft eingefunden, welche den im hohen Grade anziehenden und lehr-

Leipziger Börse.

19. Dec.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including Deutsche R.-Anl. 1877 v. 5000-2000.

Table of Berlin-Stock exchange rates for various companies and securities.

Eisenbahn-St.-P.-Actien.

Table of railway stocks, including Aktien der Eisenbahn-Zeits & 100.

Bank- u. Credit-Actien.

Table of bank and credit stocks, including Allg. D. Cr.-A. Leipzig & 100.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of industrial stocks and priorities, including Chemn. A.-Spinnerei & 33 1/2 p. St.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various locations.

Sorten.

Table of different types of securities or goods.

Ausländische Fonds.

Table of foreign funds, including Oesterr. Goldrente v. 10000, 1000, 2000.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of domestic railway bond and priority obligations.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway bond and priority obligations.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal stocks and priorities, including Braunkohlen-Actien and Steinkohlen-Actien.

Ankündigungen. Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Freitag, 20. Dec. Don Juan. Oper in 2 Acten von Mozart. (318. Abonnements-Vorstellung.) — Sonnabend, 21. Dec. Paus Fourchambault. Schauspiel in 5 Aufzügen von Emile Augier. Deutsch von Gottlieb Ritter. (319. Abonnements-Vorstellung.) — Altes Theater. Freitag, 20. Dec. Neu einstudiert: Maria und Magdalena. Schauspiel in 4 Acten von Paul Lindau.

Bank für Handel & Industrie.

Wir bringen hiermit zur Kenntniss, dass die Actienzinsen 4% für den Zeitraum vom 1. Juli bis 31. December d. J. gegen den Coupon Nr. 18 mit 8 Mark 57 Pf. vom kommenden 1. Januar ab bis 31. Januar incl. erhoben werden können: bei unseren Kassen dahier und in Berlin (Schinkelplatz 3), unserer Filiale in Frankfurt a. M. sowie bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig. Die Coupons bitten wir in Begleitung arithmetisch geordneter Nummern-Verzeichnisse, zu welchen an den vorgenannten Stellen Formulare zu erhalten sind, einzureichen: Nach dem 31. Januar wird der Coupon nur bei unseren Kassen in Darmstadt, Berlin und Frankfurt a. M. ausbezahlt. Darmstadt, 17. December 1878.

Die Direction.

Bank- und Handels-Zeitung (25. Jahrgang)

Herausgeber Dr. jur. Wasner.

Die „Bank- und Handels-Zeitung“ erscheint täglich 2mal und enthält sowohl in der Morgen- als in der Abend-Ausgabe einen politischen und einen wirtschaftlichen Theil. In unserem politischen Theil bieten wir eine vollständige und klare Uebersicht aller öffentlichen Vorgänge, sowie sachgemässe Erörterungen der brennenden Tagesfragen. Der Berliner Chronik wird besondere Aufmerksamkeit gewidmet und auch feuilletonistische Lectüre geboten. Im wirtschaftlichen Theil, der sich durch Reichhaltigkeit, Zuverlässigkeit und Sachkunde auszeichnet, bringt die „Bank- und Handels-Zeitung“ Originalberichte und telegraphische Depeschen über

Börse, Handel, Industrie und Landwirthschaft.

Der täglich beigelegte grosse Courszettel enthält den vollständigsten Bericht über die Fonds- und Getreidebörsen. Unsere Mittheilungen über den in- und ausländischen

Produktenmarkt

zeichnen sich durch eine Reichhaltigkeit aus, die von keiner Zeitung in Deutschland erreicht wird. Die Berichte der „Bank- und Handels-Zeitung“ erstrecken sich über Getreide, Spiritus, Zucker, Saaten, Kolonialwaren, Metalle, Mineralien, Manufakturen aller Art etc. etc. Die Sonntagsnummer der „Bank- und Handels-Zeitung“ enthält regelmässig einen Geschäftskalender, worin für die nächste Woche Generalversammlungen, Auszahlungen, Verlosungen, Subhastationen etc. angezeigt werden. Allwöchentlich bringen wir eine Verlosungsliste und 2mal wöchentlich eine Beilage unter dem Titel

„Landwirthschaftlicher Anzeiger“.

Derselbe enthält wissenschaftliche Aufsätze, eine Revue aller den Landwirth interessirenden Erscheinungen, besonders Original-Berichte über den Stand der Felder, über Ernteaussichten und Ernte-Erträge.

Die „Bank- und Handels-Zeitung“, welche sich einer weiten Verbreitung erfreut, wird vorzugsweise von Kaufleuten, Bankiers, Landwirthen, Fabrikanten und Kapitalisten gelesen, weshalb sie allen Geschäftleuten, welche mit ihren Inseraten auf jene Kreise reflektiren, besonders empfohlen werden kann.

Insertions-Preis für die gewöhnliche Petitzeile 40 Pf.

Abonnements zum Preise von vierteljährlich 8 Mark für Deutschland und Oesterreich. — zu 13 SR. für Russland und Polen — nehmen alle Post-Anstalten an, — in Berlin sämtliche Zeitungs-Spediteure und die

Expedition der Bank- und Handels-Zeitung

Berlin, W., Jägerstrasse 14.

[3314-15]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Werke von George Henry Lewes.

THE LIFE OF GOETHE.

Copyright edition.

Second edition, partly rewritten. 2 vols. 8. Geh. 9 M. Geb. 11 M.

Aristoteles.

Ein Abschnitt aus einer Geschichte der Wissenschaften.

Uebersetzt von J. Victor Carus. 8. Geh. 7 M.

THE STORY OF GOETHE'S LIFE.

(Abridged from „The Life of Goethe“.)

Copyright edition.

8. Geh. 4 M. 50 Pf. Geb. 5 M. 50 Pf.

Die

Physiologie des täglichen Lebens.

Uebersetzt von J. Victor Carus. 3 Bände.

8. Geh. 10 M. Geb. 11 M.

Am 30. Nov. d. J. starb der berühmte englische Schriftsteller G. H. Lewes, der sich besonders durch seine vortreffliche Biographie Goethe's auch um die deutsche Literatur hochverdient gemacht hat. Bei diesem Anlasse sei auf vorstehende autorisirte Ausgaben seiner Hauptwerke von neuem hingewiesen.

KEUCHHUSTEN, Husten und chronische Bronchialleiden.

Crème alimentaire des Dr. med. CAHOURS

Mit grosstem Erfolg im Kinder-Hospital in Paris (Hôpital des Enfants-Malades) und in Londoner Spitalen angewandt. — Hilft in 8 Langen 40 Tagen bei dem heftigsten Keuchhusten, ist ein angenehmes, assimilirtes und leicht verdauliches Nahrungsmittel. Bei chronischen Brustkrankheiten, Husten und Bronchialleiden ist es der Anwendung des Leberthrans, den es ersetzt, vorzuziehen. In Schalen nebst Gratis-Broschüre in den meisten Apotheken.

Verlag v. B. F. Voigt in Weimar.

Werkzeuge und Maschinen

zur

Holz-Bearbeitung,

deren Construction, Behandlung und Leistungsfähigkeit.

Ein Hand- und Lehrbuch für Holz-Industrielle, Maschinen-Ingenieure und Forstleute von

Professor W. F. Exner.

In drei reich illustrierten Bänden.

I. Band:

Handsägen

u. Sägemaschinen.

Descriptiver Theil.

Mit einem Atlas von 43 Tafeln und 181 in den Text eingedruckten Holzschnitten. 1878. gr. 8. Geh. 24 Mrk.

Bd. II. u. III. werden bald folgen. Ausführlicher Prospect ist in allen Buchhandlungen gratis zu haben.

Vorräthig in allen Buchhandlungen.

[3125-27]

Leipziger Tageskalender vom 20. December.

Eisenbahnfahrten.

Leipziger Bahnhof. A. Linie Leipzig-Bf. Abf. 8, 10 (Hilf.), 12 (Hilf.), 14 (Hilf.), 16 (Hilf.), 18 (Hilf.), 20 (Hilf.), 22 (Hilf.), 24 (Hilf.), 26 (Hilf.), 28 (Hilf.), 30 (Hilf.), 32 (Hilf.), 34 (Hilf.), 36 (Hilf.), 38 (Hilf.), 40 (Hilf.), 42 (Hilf.), 44 (Hilf.), 46 (Hilf.), 48 (Hilf.), 50 (Hilf.), 52 (Hilf.), 54 (Hilf.), 56 (Hilf.), 58 (Hilf.), 60 (Hilf.), 62 (Hilf.), 64 (Hilf.), 66 (Hilf.), 68 (Hilf.), 70 (Hilf.), 72 (Hilf.), 74 (Hilf.), 76 (Hilf.), 78 (Hilf.), 80 (Hilf.), 82 (Hilf.), 84 (Hilf.), 86 (Hilf.), 88 (Hilf.), 90 (Hilf.), 92 (Hilf.), 94 (Hilf.), 96 (Hilf.), 98 (Hilf.), 100 (Hilf.).

Berliner Bahnhof. Abf. 8, 10 (Hilf.), 12 (Hilf.), 14 (Hilf.), 16 (Hilf.), 18 (Hilf.), 20 (Hilf.), 22 (Hilf.), 24 (Hilf.), 26 (Hilf.), 28 (Hilf.), 30 (Hilf.), 32 (Hilf.), 34 (Hilf.), 36 (Hilf.), 38 (Hilf.), 40 (Hilf.), 42 (Hilf.), 44 (Hilf.), 46 (Hilf.), 48 (Hilf.), 50 (Hilf.), 52 (Hilf.), 54 (Hilf.), 56 (Hilf.), 58 (Hilf.), 60 (Hilf.), 62 (Hilf.), 64 (Hilf.), 66 (Hilf.), 68 (Hilf.), 70 (Hilf.), 72 (Hilf.), 74 (Hilf.), 76 (Hilf.), 78 (Hilf.), 80 (Hilf.), 82 (Hilf.), 84 (Hilf.), 86 (Hilf.), 88 (Hilf.), 90 (Hilf.), 92 (Hilf.), 94 (Hilf.), 96 (Hilf.), 98 (Hilf.), 100 (Hilf.).

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Carl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Seeben erschien das 24. Heft (15. December) des Jahrgangs 1878 von

Unsere Zeit.

Deutsche Revue der Gegenwart.

Herausgegeben von Rudolf von Gottschall.

In halbmonatlichen Heften zu 75 Pf.

Inhalt des 24. Heftes:

Der Orientalische Krieg in den Jahren 1876 bis 1878. Dritte Abtheilung. Der türkische Krieg mit Serbien und Montenegro. III. — Die Afrikaforschung der Gegenwart. Von Friedrich von Hellwald. VI. — Die französische Staats- und Verfassungsreform von 1877. II. — Das Königreich Italien von Ende 1872 bis auf die Gegenwart. Von Otto Speyer. VI. — Skizzen aus Californien. III. In der Heimat des Seelwens. — Chronik der Gegenwart: Todtenschau: Georg Hill; Anton Fernorm; Eduard Herdt; Wilhelm Weissenborn; A. Seydmann.

„Unsere Zeit“ empfiehlt sich besonders den Journal- und Lesecirkeln als eine geliebte Zeitschrift von bleibendem Werth; sie bildet ihrem fleissigen Inhalt nach zugleich eine Weiterführung und -fortlaufende Ergänzung zu jedem Conversations-Lexikon. Man abonniert bei allen Buchhandlungen und Postämtern. (3358)



Die Hallische Zeitung

im G. Schwesche'schen Verlage (Hallischer Courier)

Setzt beim Quartalswechsel zum Abonnement ein. Derselbe erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Der Abonnements-Preis pro Quartal beträgt für die unmittelbaren Abnehmer 3 M. 80 Pf., für Auswärtige 4 M. 50 Pf. In- und Auslieferung für die fünfjährige Copypresse oder deren Raum 18 Pfennige, für die zweijährige Petit-Druckerei vor dem gewöhnlichen Inseratentheil 40 Pfennige. Sämmtliche Postanstalten nehmen Bestellungen auf dieselbe an.

Die neuesten Ereignisse auf den Gebieten der Politik, des Handels, der Industrie, der Kunst und Wissenschaft, der Landwirthschaft, der Literatur etc. werden in sorgfältiger Auswahl und übersichtlicher Zusammenstellung zur Kenntniss des Lesers gebracht. Besonders wichtige politische Begebenheiten wie auch die Notierungen der maßgebenden Berliner Börsenpapiere und der Productenbörse baldmöglichst durch Veröffentlichung der der Zeitung zugehenden Telegramme schnellstens mitgeteilt. Der Courszettel der Berliner Effecten-Börse, der Hallischen Producten-Börse, der Hallischen Zuckerberichte, sowie Coursnotierungen der verschiedenen Handelsarten mehrerer anderer Haupthandelsplätze werden veröffentlicht. Ein Feuilleton und ein illustriertes Sonntags-Blatt bieten dem Leser belehrende und unterhaltende Lectüre. — Die Hallische Zeitung ist das gelesenste grössere Blatt im Regierungs-Bezirk Merseburg, und vielfach verbreitet in Sachsen, Anhalt und den gesammten Thüringischen Ländern, gewährt Bekanntschaften aller Art eine wirksame Verbreitung unter allen Ständen dieses in landwirthschaftlicher und industrieller Beziehung hervorragenden Landstriches. (3316-17)

Leipzig. Zeitungs-Preis-Verzeichnis. 1. Abt. Nr. 6, 46. 2. Abt. Nr. 3, 20. 3. Abt. Nr. 11, 25. 4. Abt. Nr. 5, 21. 5. Abt. Nr. 9.

Bibliotheken:

Universitäts-Bibliothek 2-4 Uhr. Das Lesezimmer geöffnet von 2-5 Uhr. Volksbibliothek I. (A. Bürgerstr.) 7-9 Uhr. Volksbibliothek II. (Altes Nicolaisthul.) 7-9 Uhr. Volksbibliothek IV. (Ritterstr.) 7-9 Uhr. Städtisches Museum 10-4 Uhr (freier Eintritt).

Telegraphenanstalten:

1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5. 2. Telegraphenweiganstalt auf d. Börse, Raschmarkt (geöffnet 11 U. B. - 3/4 U. N.) 3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl. 4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnh. 5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Baiserscher Bahnh. 6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse. 7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Weststr. 8. Kaiserl. Postamt Nr. 7, am Markt, Strikw. 9. Kaiserl. Postamt Nr. 8, auf d. Eilenb. Bahnh. Die vorstehende unter 3-9 aufgeführten Telegraphenanstalten haben beschränkten Tages- und Nachtverkehr. Del Bechold's Kunstaussstellung (Kaufhalle 10-4 Uhr). Neues Theater. Besichtig. d. internen Räume 2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Emil Oranig in Weissenhof bei Ostrau mit Frä. Sibby Müller in Forchheim bei Döbeln. — Dr. Kurt Wächter in Jwidaun mit Frä. Clara Rier in Pirna. — Getraut: Dr. kaiserl. türk. Consul Dr. Ludwig Baron v. Herman in Leipzig mit Frä. Anna Sponholtz. Geboren: Frä. Divisionsanbiterin Karl Luth in Dresden eine Tochter. — Frä. W. Luffing in Jella eine Tochter. — Frä. Dorar Schiebler in Frankenberg ein Sohn. Gestorben: Dr. Bildhauer Gustav Engelhardt in Döbeln. — Fr. Protodialonus emer. Emil Flechsig in Jwidaun. — Frä. L. bair. Hauptmann a. D. Theodor Gröbl in Wülshagen. — Frä. Therese Wilhelmine verw. Hempel, geb. Schlegel, in Leipzig. — Frä. Marie Kiosch, geb. Sperting, in Leipzig. — Frä. S. Rosina verw. Ludwig, geb. Lehmann, in Leipzig. — Fr. Carl Ferdinand Schumann in Oberlößnitz bei Dresden.